

# Malmedy- St. Wither Volkszeitung

Gegründet 1866

Erscheint Mittwochs und  
Samstags mit den Beilagen  
„Eisler Sonntagszeitung“  
u. „Katholik Familienblatt“  
Bezugspreis 1.50 M., durch  
die Post 1.68 M. vierteljährl.

Redaktion Druck u. Verlag  
Hermann Doeppgen  
St. With (Eifel).

Kreisblatt für den  
Kreis Malmedy



Generalanzeiger für  
den Kreis Malmedy

Anzeigen  
kosten die gewöhnliche Zeile  
je 10 W. bei 20 W. 18 W.  
Anzeigen aus dem Kreis  
Malmedy 15 W. die Zeile.  
Reklamen  
60 W. die Zeile. Grund-  
schrift: Garmond. Bei grö-  
ßeren Abschlüssen entspre-  
chender Rabatt.  
Fernsprecher Nr. 21.

29

55. Jahrgang.

Samstags-Ausgabe.

St. With, 12. April 1919

1. Blatt.

## Die Waffenstillstands-Verhandlungen.

### Der Transport der polnischen Truppen durch Deutschland.

Paris, 6. April. Nach einer Havasmeldung aus Spa werden die Truppen des Generals Haller auf der Eisenbahnlinie Koblenz—Siegen—Kassel—Halle—Eilenburg—Kottbus—Lissa—Kalisch sowie über Stettin und Königsberg nach Polen gebracht werden.

Außer dem Hauptabkommen wurde ein Sonderabkommen unterzeichnet, das die technischen Truppentransportfragen sowie die Art und Weise der Bezahlung des Transports regelt.

Berlin, 6. April. Notenaustausch vom 5. April. Bei den Verhandlungen mit den Franzosen in Rotterdam über die Einfuhr von Palmöl nach Deutschland hatten die deutschen Vertreter vorgeschlagen, 40 000 Tonnen Palmöl zur Vereinerung von Del einzuführen und die alliierten Lebensmittellieferungen für 12 000 Tonnen Fett anzurechnen. Der französische Vorschlag teilte heute mit, der Oberste Wirtschaftsrat habe diesen Vorschlag angenommen.

### Um den Vorfrieden.

Haag, 7. April. Der Matin veröffentlicht eine Unterredung mit Lloyd George, der u. a. sagte: „Ich verlange noch zwei Wochen Zeit, denn wir nähern uns jetzt dem Ende. Ich bin vollständig mit Wilsons Erklärung einverstanden, daß die Präliminarien vor Ostern fertig sein werden und daß die deutschen Abgeordneten sie Ende April oder Anfang Mai unterschreiben können.“ Zu der Frage der Entschädigung bemerkte Lloyd George, daß keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Unterhändlern beständen, wohl aber unter den Sachverständigen, und zwar sowohl über die Zahlungsweise wie über den Betrag der Entschädigung selbst. Lloyd George warnte davor, sich von allerhand unbegründeten Gerüchten irreführen zu lassen. Es würden zahlreiche unrichtige Meldungen verbreitet, die in der Frage der Entschädigung nur Verwirrung anrichten könnten.

### Der Völkerbund.

Haag, 7. April. Die amerikanisch-britische Liga für den Völkerbund hat einen vorläufigen Plan ausgearbeitet, der darauf hinausgeht, daß im Oktober die erste Versammlung des Völkerbundes, und zwar in Washington, abgehalten werden soll. Man hofft, dafür die Verfügung über einen Teil des Weißen Hauses zu erhalten. Lord Robert Cecil und andere britische Personen sollen mit dem Plan einverstanden sein. Auch die Amerikaner stehen ihm im allgemeinen günstig gegenüber, weil sie hoffen, daß auf diese Weise Wilson Präsident dieser Versammlung sein könne, und daß es vielleicht gelingen werde, für Wilson die dauernde Präsidentschaft durchzusetzen.

Präsident Wilson hofft, gegen den 20. April nach den Vereinigten Staaten zurückkehren zu können. Vorher wird er, wie wir der Cologne Post entnehmen, telegraphisch den Kongress zu einer Sonbertagung für Anfang Mai einberufen.

### Aus der bayerischen Räterepublik.

Nürnberg, 7. April. Ein Erlass des Ministerpräsidenten Hoffmann hat folgenden Wortlaut: Die Regierung des Freistaates Bayern ist nicht zurückgetreten. Sie hat ihren Sitz von München verlegt. Die Regierung ist und bleibt die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt in Bayern und ist allein berechtigt, rechtswirksame Anordnungen zu erlassen und Befehle zu erteilen. Weitere Publikationen werden folgen.

### Ein Aufruf an das Volk.

Frankfurt, 7. April. Die Räterepublik hat, wie der Rdnischen Zeitung in einem Sondertelegramm aus München gemeldet wird, einen Aufruf an das Volk erlassen, in dem es heißt: Bayern ist Räterepublik. Das wertvolle Volk ist Herr seines Geschicks geworden. Die revolutionäre Arbeiterschaft und die Bauern Bayerns, darunter auch unsere Brüder, die Soldaten, sind durch keine Parteigezugsfälle mehr getrennt. Sie sind sich einig, daß von nun an jede Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muß. Die Diktatur des Proletariats ist zur Tatsache geworden. Sie bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligt zu einer gerechten sozialistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überkommenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst. Das von ihm eingesetzte Ministerium ist zurückgetreten. Die von den Räten des arbeitenden Volkes be-

halten als Vollbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmacht. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein. Die zahlreichen tüchtigen Kräfte der Beamten, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Bayern aufgefordert. Das System der Bureaucratie wird abgeschafft. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutz der Bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von innen und außen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird gegen den Anschlag gegen die Räterepublik rücksichtslos aburteilen. Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert-Scheidemann und Noske-Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik die imperialistisch-kapitalistisch-militaristischen Geschäfte des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzen. Sie rufen alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariaten, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg, im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die Bayerische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt.

### Fürth schließt sich an.

Fürth, 7. April. Die Stadt Fürth hat sich der Räterepublik angeschlossen. Um 10 Uhr fand eine Versammlung auf dem Schießanger statt, wo nach Ansprachen von verschiedenen Rednern die Räterepublik ausgerufen wurde. Oberbürgermeister Dr. Wilb erklärte seinen Rücktritt, da er unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Verantwortung nicht übernehmen könne. Im Rathaus sind sämtliche Büreaus geschlossen bis auf den Schuldienst. Die Schulen sind geschlossen. Die Arbeiter verließen die Betriebe.

### U. Augsburg, 7. April. Hier wurden am Sonntag viele angesehene Personen als Geiseln in Schutzhaft genommen.

### Der Plan einer Vermögensenteignung.

München, 7. April. Das Gesetz für die Enteignung von Vermögen und Vermögenswerten soll nach einer Version erst in Beratung, nach anderen Mitteilungen bereits fertiggestellt sein. Der Inhalt des Gesetzes ist folgender: Jedes Vermögen (Vermögenswert) über 10 000 Mark wird festgesetzt. Aus dem Vermögen soll gestaffelt nach der Höhe eine Vermögensabgabe erhoben werden. Der Rest wird dem Inhaber vom Staat mit drei bis vier Prozent verzinst. Das Vermögen selbst gehört dem Staat.

### Nach der Ausrufung.

München, 7. April. Heute herrscht in München vollständige Arbeiterruhe. In den Morgenstunden wurden die auf dem Wege zu ihren Arbeitsstätten Befindlichen durch die in den Straßen bekannt werdende Kunde des Nationalfeiertages zur Heimkehr veranlaßt. Die schon ausgerückten Straßenbahnwagen rückten sofort wieder in die Depots ein. Auch die Schulen haben den Unterrichtsbetrieb nicht aufgenommen. Zeitungen sind nicht erschienen, mit Ausnahme des Organs der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Infolge des schönen Wetters bewegen sich ungeheure Menschenmassen in den Straßen. Überall sind große Plakate angeschlagen, in denen die Verklündung der Räterepublik und die Ausrufung des Nationalfeiertages bekanntgegeben wird. Diese Plakate wurden sofort von Hunderten von Menschen umstanden, und in der inneren Stadt bildeten sich viele Gruppen, welche die politischen Ereignisse besprachen. Im Laufe des Vormittags fanden große Massenversammlungen der Arbeitlosen statt. Um die Mittagstunde erkante von allen Kirchen ein feierliches vierstündiges Glockengeläute anlässlich der Ausrufung der Räterepublik.

### Die Auffassung in Berlin.

Berlin, 7. April. Den aus Bayern einlaufenden Nachrichten gegenüber ist Kritik heute noch mehr am Platze als sonst; denn zahlreiche Anzeichen sind dafür vorhanden, daß die neuen Machthaber in München die Zensur bereits mit der gleichen Beflissenheit handhaben wie das reaktionärste Regiment. Immerhin ist eine positive Feststellung möglich: Das Durcheinander ist vollkommen, daß zurzeit zwei Regierungen da sind, von denen die eine ein Bündnis mit Rußland und Ungarn gegen die Reichsregierung schließen

will, daß eine Versammlung der Mehrheitssozialisten für, eine andere gegen die Räterepublik stimmt, daß die Verwaltung der Münchener Universität einen Studentenrat übertragen wird, daß die geschworenen Feinde jedes Militarismus als einen ihrer ersten Regierungsaakte die Gründung einer Roten Armee verfügen, und ähnliche tolle Widersprüche mehr. Der Umsturz von heute ist, so viel sieht fest; alles andere als eine Willensäußerung der bayerischen Bevölkerung; er ist das Werk einer zielbewußten und tatkräftigen Minorität, der eine untätige und wie das Beispiel der Mehrheitssozialisten zeigt, schwankende, haltlose Mehrheit ohnmächtig gegenübersteht, ein Fall, wie er in den üblichen Massenbewegungen der Zeit, dem Generalkrieg, immer wieder zu beobachten war, und wie er vielleicht demnächst in ganz großem Umfang in Erscheinung treten wird. Denn von Bayern aus soll die Bewegung weitere Kreise ziehen, soll Deutschland erfassen. So frohlocken heute schon die Münchener Kommunisten, und wenn man auch diese Erwartungen nicht ohne weiteres zu teilen braucht, so besteht doch kaum noch ein Zweifel, daß es bei jenen an dem Willen zur Tat nicht fehlt. Die Freiheit spricht heute von der „heraufziehenden und unausbleiblichen großen Auseinandersetzung“, einer Folge sowohl der unfruchtbaren Regierungspolitik wie auch der internationalen Lage, wozu man bemerken könnte, daß diese Auseinandersetzung nicht im Gange der natürlichen Entwicklung liegt, sondern das notwendige Endergebnis einer unausgesetzten systematischen Verheerung wäre. Ob diese Verheerung den gewünschten Erfolg gehabt hat, wird sich in Berlin sehr bald zeigen; der Zusammentritt des Rätekongresses soll ja, wie viele meinen, das Zeichen zum entscheidenden Kampf um die Macht geben. Noch ist die Macht bei der Reichsregierung; daß sie von ihr, wenn es sein muß, den rücksichtslosesten Gebrauch machen werde, hat sie so oft versichert, daß man es ihr glauben darf.

### Neue Unruhen in Magdeburg.

Magdeburg, 7. April. Der große Demonstrationstreik ist heute hier in Magdeburg ausgebrochen. Die Arbeiter aller großen Fabrikbetriebe haben, veranlaßt durch die Verhaftung des unabhängigen Werbers Brandes sowie zweier weiteren Mitglieder der Unabhängigen Partei am gestrigen Sonntagmittag ihre Tätigkeit eingestellt und wollen bis zur Haftentlassung ihrer drei Genossen im Auslande verharren. Man will unter Umständen auch die Eisenbahn und das Elektrizitätswert stilllegen.

Magdeburg, 7. April. In den ersten Nachmittagsstunden wurden der zufällig anwesende Reichsjustizminister Landsberg und der kommandierende General des 4. Armeekorps, v. Kleist, von den Unabhängigen festgenommen. Auch ein Generalstabshauptmann wurde von ihnen verhaftet. Der U.S.R. der Mehrheitssozialisten mahnt zur Ruhe. Zur Stunde ist noch nicht abzusehen, wie sich die Dinge entwickeln werden.

Berlin, 7. April. Aus Magdeburg wird den Politisch-Parlamentarische Nachrichten gemeldet: Bisher ist es zu größeren Schieberien nicht gekommen. Das Rathaus ist nicht besetzt. Der Reichsjustizminister Landsberg, der verhaftet wurde, ist mit fünf Bewachungsmännern auf dem Wege nach Braunschweig. Der sozialdemokratische Abgeordnete Beims, der Geheime Kommerzienrat Zudner und der Oberbürgermeister Reimarus sollten von den Unabhängigen verhaftet werden. Sie sind aber bisher noch nicht gefunden worden. Der kommandierende General v. Kleist ist in das Hauptquartier der Unabhängigen gebracht worden.

U. Magdeburg, 8. April. In der auf dem Werker gelegenen Itabelle wurden gestern abend bis spät in die Nacht hinein mehrere Stunden lang fast durchweg neue Gewehre und Munition an die Arbeiter und gemeinsamen Soldaten wahllos verteilt. Dabei wurde von den Verteilern bemerkt, daß die weitere Munitionsverteilung heute vormittag 9 Uhr auf dem Demoplatz vor sich gehen soll. Es ist nicht unmöglich, daß es zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen, falls diese anrücken, zu Zusammenstößen kommt. Ein sehr großer Teil der at ven Soldaten ist zu den Aufständischen übergegangen. Zeitweilig fallen Schiffe, die wohl nur aus Uebermuth abgegeben werden. Trupp. durchziehen bis spät in die Nacht hinein die Straßen. Der Belagerungszustand ist verhängt.

Magdeburg, 8. April. Das Automobil, in dem Minister Landsberg unter Beobachtung mehrerer Aufständischen von Magdeburg nach Braunschweig gebracht werden sollte, ist in Halberstadt durch die Aufmerksamkeit und Entschlossenheit der Polizei angehalten worden. Die Aufständischen wurden entlassen. Der Minister hat sich in die Polizeidirektion begeben.

Berlin, 8. April. Wie den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten aus Gewerkschaftskreisen mitgeteilt wird, haben die Unabhängigen und die Spartakiden in den letzten drei Tagen unter der Berliner Arbeiterschaft Stimmung für den Generalstreik gemacht, der Dienstag oder Mittwoch in Berlin einsetzen soll.

## Zur Lage im Ruhrgebiet.

### Gegen die Spartakiden.

Essen, 7. April. Die christlich-soziale Arbeiterschaft der Kruppischen Werke hielt gestern eine von 10 000 Arbeitern besuchte Versammlung ab, die die Wiederaufnahme der Arbeit forderte. Es wurde beschlossen, gegen die spartakidische Gewalt zur Selbsthilfe zu schreiben und am Montag geschlossen zur Arbeit zu marschieren und mit Gewalt den Eingang durch die von den Spartakiden besetzten Tore zu erzwingen. Der deutsche Arbeiterbund hat eine Adresse an die Firma Krupp gerichtet, in der Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeit gefordert werden. In Verhandlungen an den Reichspräsidenten und das Generalkommando wird die Entlastung darüber ausgesprochen, daß keine behördliche Maßnahmen gegen das terroristische Treiben der Spartakiden getroffen werden sind.

Essen, 8. April. Bei der Firma Krupp ist der größte Teil der Belegschaft durchaus arbeitswillig und auch zur Arbeit erschienen. Demgegenüber hat das sogenannte revolutionäre Streikkomitee die Firma ersucht, die Werkstätten für die Arbeitswilligen zu schließen, was die Firma ablehnte.

Bochum, 6. April. Das Wittener Gußstahlwerk muß von morgen an den Betrieb wegen Kohlenmangels infolge des Streiks stilllegen.

### Die feste Hand.

Berlin, 7. April. Wegen des Versuchs, eine Militärrevolte in Magdeburg und Umgegend sowie andern Garnisonen hervorzurufen, wurden in Magdeburg mehrere Personen verhaftet. Der bekannteste der in Haft Genommenen ist der frühere Reichstagsabgeordnete Brandes, der ein Mitglied der Unabhängigen war. Der Berliner Vollzugsrat, dem von Magdeburg aus heute morgen die Verhaftung gemeldet wurde, unternahm Schritte bei dem Reichswehrminister und teilte ihm mit, die Magdeburger Arbeiter hätten erklärt, sie würden so lange streiken, bis Brandes wieder freigelassen würde. Daraus wurde der Beschluß erteilt, daß Brandes unter allen Umständen der Prozeß für die Straftat gemacht werde, deren er schuldig sei. Eine Freilassung käme nicht in Betracht. Vom gesunden Sinn der Magdeburger Arbeiterschaft, der sich so oft bewährt hat, darf erwartet werden, daß sie sich nicht zum Streik mißbrauchen läßt zugunsten eines Mannes, der mit einer unglaublich frivolen Leichtfertigkeit den Versuch gemacht hat, das Land in einen neuen schweren Bürgerkrieg zu führen.

Düsseldorf, 7. April. Heute vormittag 10 Uhr haben die Straßenbahnen erneut den Verkehr eingestellt. Der Streik hat sich auf viele Fabriken ausgebreitet. Zu Ruheförderungen ist es bisher nicht gekommen.

Düsseldorf, 8. April. Der sog. Generalstreik wird jetzt schon von den Führern verlorene gegeben. Die große Mehrheit der Arbeiter, die von dem Streik nichts wissen will, kann unter dem Schutz der Regierungstruppen von dem Recht auf Arbeit Gebrauch machen. Die Arbeitswilligen werden diesmal nicht von Spartakiden mit dem Karabiner aus den Betrieben herausgeholt. Es hat sich gestern etwa ein Viertel der Betriebe am Streik beteiligt. Der Vorsitzende des Arbeiterrates erklärte in einer Versammlung der Arbeiter, daß die Vorbereitungen für den Generalstreik verfehlt gewesen seien. Heute morgen hat die Zahl der Streikenden eher noch abgenommen, z. T. wird allerdings durch den Ausstand der Straßenbahnen das Hereinkommen der Arbeiter in die Betriebe erschwert. Die Arbeiter im städtischen Elektrizitätswerk haben den Dienst wieder aufgenommen, dagegen sind die Arbeiter des städtischen Gaswerks in den Ausstand getreten. Die Straßenbahner haben mit einer knappen Mehrheit beschlossen, bis Mittwoch zu streiken.

Düsseldorf, 8. April. Die Buchdrucker haben gestern abend beschlossen, wegen der Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen sofort in den Ausstand zu treten. Um 10 Uhr legten sie in den Zeitungsbetrieben die Arbeit nieder. Die Zeitungen sind sämtlich am Erscheinen verhindert. Der Ausstand soll erst dann aufgegeben werden, wenn alle Buchdruckereien die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben.

### Die Streiklage im Ruhrrevier.

Essen, 8. April. In der heutigen Morgenschiift betrug die Zahl der streikenden Bergleute 155 601 gegen 156 645 gestern; die Zahl der Ausständigen belief sich gestern in allen drei Schichten zusammen auf 288 692 gegen 267 301 am Samstag. Zum Schutze des Industriebezirks hat die Regierung ein Armeekorps zusammengezogen. Die Zechen sollen von Regierungstruppen besetzt werden, um die Aufrechterhaltung der Notstandsarbeiten sicherzustellen, welche die Ausständigen vom 10. d. M. ab nicht mehr ausführen wollen.

Bochum, 8. April. Bochum ist über Nacht zu einer Garnisonstadt geworden. Unaufhörlich sind selbstermächtig ausgesetzte Regierungstruppen mit ihrem ganzen Troß vergangene Nacht hier eingezogen. Im ganzen soll Bochum eine Brigade mit etwa 4000 Mann Infanterie, Artillerie und Kavallerie erhalten. Diese Truppen sollen zum Schutze der Arbeitswilligen auf den umliegenden Zechen verpostet werden. Vor allen Dingen sollen sie aber verhindern, daß die Gruben durch die Ausständischen beschädigt werden, und der Beschluß durchgeführt wird, wonach am 10. April die Notstandsarbeiten aufhören sollen. Wie uns von zuständigen Stellen berichtet wird, wird die Regierung die allerstärksten Mittel ergreifen, um die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet

aufrechtzuerhalten. Im ganzen ist bisher im Regierungsbezirk Arnberg ein ganzes Armeekorps zusammengezogen worden. Gegen die Herausziehung von Militär im Stadt- und Landkreis Bochum erhebt die Arbeiterschaft in Bochum allerstärksten Einspruch. Der Arbeiterrat verlangt dringend die Zurückziehung des Militärs aus dem Stadt- und Landkreis Bochum, da die Sicherheitswehr von Bochum zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung völlig ausreicht.

Bochum, 8. April. Von den radikalen Streikführern war damit gedroht worden, daß auch die Notstandsarbeiter auf den Zechen eingestellt werden würden, falls bis zum Mittwoch die Forderungen der ausständischen Bergarbeiterschaft keine Erfüllung gefunden hätten. Die Verwirklichung dieser Drohung würde für zahlreiche Bergwerke volles Aufbruch bedeuten infolge des Kaufens. Inzwischen scheint auch bei den radikalen Elementen die ruhige Ueberlegung zurückzuführen. Wie aus Herne gemeldet wird, hat der dortige Zechenrat die Weisung gegeben, daß die Notstandsarbeiten bis zum Abschluß der bezüglichen Verhandlungen fortgesetzt und ohne ausdrückliche Parole auf keinen Fall eingestellt werden sollen.

Herne, 8. April. Der drohende Streik der Straßenbahner der Linie Herne-Rastrop ist vorläufig abgewandt worden. Ein Teil der wirtschaftlichen Forderungen ist erfüllt, über andere Forderungen wird noch verhandelt. Der Betrieb soll zunächst bis Mittwoch fortgeführt werden. Bis dahin hofft man zu einer Einigung gelangt zu sein.

### Aus dem Saarrevier.

Saarbrücken, 8. April. Der oberste Verwalter des Saargebietes, General Ludauer, veröffentlicht in den hiesigen Tageszeitungen folgende Bekanntmachung:

In Verfolg der Präliminarien des Generals, Obersten Verwalters des Saargebietes, vom 5. April, welche die Belegschaften der Saargruben zur Arbeitsleistung requirierte und in Anbetracht, daß nur ein Fünftel dieser Belegschaften die Arbeit wieder aufgenommen hat, sind folgende Maßnahmen getroffen worden: Eine gewisse Anzahl Verhaftungen sind erfolgt wegen der Weigerung, dem Befehl zur Arbeitsleistung nachzukommen. Von den Verhafteten wurden 21 vor das Kriegsgericht gestellt und zu Strafen von zwei bis fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen wurden in das rechtsrheinische Gebiet durch Eisenbahntransport abgeschoben. Der Zug verließ Saarbrücken am 7. April, 10 Uhr abends.

## Die Pariser Konferenz.

Amsterdam, 6. April. Dem Allgemeinen Handelsblad wird aus Paris gemeldet, daß der Rat der Vier sich noch mit der Gültigkeit der Friedensfrage befaßt. Er will die Summe, die Deutschland zu zahlen hat, noch nicht bestimmen, sondern nur den Schaden festsetzen, den Deutschland wieder gut zu machen hat. Da beim Abschluß des Waffenstillstandsvertrags bestimmt worden war, daß die Wiedergutmachung nicht den Charakter einer Strafmaßregel haben solle, sondern nur Wiedergutmachung des Schadens bedeute, muß jetzt entschieden werden, was in diese Wiedergutmachung einbezogen ist, ob dazu auch die Kriegskosten gehören usw. Sobald darüber entschieden ist, werden die zu bezahlenden Summen wahrscheinlich jährlich durch gemischte Ausschüsse festgelegt werden.

## Zur Lage in Magdeburg.

Berlin, 8. April. In Magdeburg ist, wie an zuständiger Stelle erklärt wird, eine baldige Klärung der Lage zu erwarten. Die Haltung der Truppen ist verschieden. Während die sogenannte Sicherheitswehr zu den Aufständischen übergegangen ist, hält das Infanterieregiment Nr. 26 zur Regierung und hat Post, Telegraph und Elektrizitätswerk besetzt. In Berlin kann man für morgen mit ziemlicher Bestimmtheit auf Kundgebungen rechnen. Auf Betreiben der Unabhängigen beabsichtigen Kriegsbefähigte und Hinterbliebene einen Massenzug zur Reichstanzlei, um eine Erhöhung ihrer Renten zu fordern. Die Absicht der Drahtzieher ist zweifellos, einen Zusammenstoß der Kriegsbefähigten mit den Regierungstruppen hervorzurufen und damit ein neues Heilmittel in die Hand zu bekommen. Da vielfach Befürchtungen bestehen, daß diese Kundgebung das Signal zu spartakidischen Aufruhrversuchen geben könnten, so sind die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zur sofortigen Unterdrückung etwaiger Unruhen bereits getroffen.

Deffau, 8. April. Weil ein spartakidischer Angriff auf die Landeshauptstadt, in der sich die Arbeiterschaft trotz aller Wühlerreien auswärtiger Agitatoren ruhig verhält, befürchtet wird, hat die Regierung umfassende militärische Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

### Allgemeinanzustand in der Stadt.

Magdeburg, 8. April. In der heute früh abgehaltenen Riesenversammlung auf dem Domsplatz wurde bekanntgegeben, daß die Freilassung der drei verhafteten Parteimitglieder nicht erfolgt sei und deshalb der Generalstreik über Magdeburg verkündet werde. Die Redner führten aus, es handle sich um eine Machfrage zwischen der Regierung und dem Proletariat. Das Magdeburger Proletariat müsse sich zusammenschließen, um gegen die in allerhöchster Zeit zu erwartende Rote Garde zu kämpfen. Das Magdeburger Militär stehe geschlossen hinter der Arbeiterschaft. Lösung müsse sein, so lange nicht zu arbeiten, bis die Regierung die Forderungen des Proletariats bewilligt hat, das möglicherweise mit der Waffe in der Hand für seine Forderungen eintreten wird. Nach der Versammlung fluteten, geschlossene Züge durch die Straßen. Die Straßenbahnen, die in den Morgenstunden wieder verkehrte, ist von neuem gezwungen, ihren Betrieb einzustellen.

### Regierungstruppen in Sicht.

Berlin, 8. April. Der Kommandierende General in Magdeburg, v. Kleist, ist gestern nachmittag wieder freigelassen worden. Minister Nolde forderte telegraphisch vom A. S. in Magdeburg die unverzügliche Freilassung des Gefangenen, indem er nachdrücklich vor den Folgen des Vorgehens warnte. Ob außer General v. Kleist inzwischen auch die

anderen Offiziere freigelassen sind, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Die Regierungstruppen nähern sich der Stadt. Minister Landsberg ist in Berlin eingetroffen und hat sich mit den übrigen Regierungsmitgliedern nach Weimar begeben.

## Aus dem Reiche.

### Generalkstreik der Banken.

Berlin, 8. April. Nachdem die anderen Großbanken sich bereit erklärt haben, die Arbeiten der Darmstädter Bank, deren Beamten sich im Ausstand befinden, zu übernehmen, hat sich der allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten mit den Beamten der Darmstädter Bank gleichgeinnt erklärt und den Generalkstreik beschlossen.

### Die zukünftige Belastung der hohen Einkommen.

Man schreibt uns: Da die Einzelstaaten auf die Einkommensteuer nicht zugunsten des Reichs verzichten wollen, ist, wie bereits von amtlicher Stelle mitgeteilt wurde, in Aussicht genommen, eine Reichseinkommensteuer einzuführen, die die hohen Einkommen durch eine weitere Staffelung der Zuschläge, als sie bisher in Geltung war, für das Reich in Anspruch nimmt. Da nun auch die Einzelstaaten bei ihrer finanziellen Notlage gezwungen sind, erheblich höhere Sätze besonders von den hohen Einkommen zu erheben, und die Gemeinden ihre Zuschläge außerordentlich gesteigert haben, so ist in Zukunft mit einer sehr bedeutenden Belastung der hohen Einkommen zu rechnen. Man hat bisher angenommen, daß die Reichseinkommensteuer bei einem Einkommen von 100 000 Mark einsetzen würde. Nach einer Erklärung von zuständiger Stelle hält sich die Reichsfinanzverwaltung aber keineswegs an diesem Satz gebunden. Es ist deshalb sehr möglich, daß das Reich auch schon bei einem geringeren Einkommen mit seiner Besteuerung beginnt. Um sich ein Bild zu machen, wie im Laufe der letzten Jahrzehnte die Belastung der hohen Einkommen gestiegen ist und in Zukunft steigen wird, mögen folgende Zahlen dienen. Das Arbeitseinkommen in Höhe von 100 000 Mark war in Preußen im Jahre 1884 mit 2880 Mark belastet, es trug im Jahre 1904 3900 Mark; im Jahre 1914 stieg die Steuer auf 4875 Mark, 1917 auf 8000 Mark. Nach dem Staatsentwurf für das Jahr 1919 soll in Preußen das Einkommen von 100 000 Mark einschließlich der Zuschläge eine Abgabe von 12 000 Mark tragen. Innerhalb 35 Jahren ist mithin die Staatseinkommensteuer in Preußen für Arbeitseinkommen von 100 000 Mark von 2880 auf 12 000 Mark gestiegen. In Groß-Berlin wird nun für das Jahr 1919 ein Zuschlag von 260 Proz. von der staatlichen Einkommensteuer erhoben. In anderen Gemeinden sind bekanntlich die Zuschläge teilweise noch erheblich höher. Für Berlin bedeutet der Satz von 260 Prozent bei einem Einkommen von 100 000 Mark 10 400 Mark. Der Steuerpflichtige mit 100 000 Mark Einkommen zahlt also in Berlin noch laufenden Jahre ab an Staats- und Gemeindeeinkommensteuer 22 400 Mark. Hieran wird sich nun noch das Reich anschließen; über die Höhe seiner Zuschläge verlautet vorläufig noch nichts. Sicher ist aber, daß ein Arbeitseinkommen von 100 000 Mark in Zukunft mehr als den vierten Teil an Steuern abzugeben haben wird.

### Im Verfassungsausschuß.

wurde am Dienstag mit großer Mehrheit Artikel 61 angenommen, welcher bestimmt, daß der Reichspräsident vom ganzen Volke gewählt wird.

Berlin, 9. April. Nach dem Berl. Tagebl. nimmt die Zahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin seit etwa 14 Tagen ab.

### Die Bezahlung der Lebensmittel.

Berlin, 8. April. Die ersten in Deutschland eingetroffenen Lebensmittelschiffe des Verbandes haben, wie die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten melden, mit Ballast wieder ausfahren müssen, weil in Deutschland nicht einmal so viel Waren für die Ausfuhr zusammenzubringen waren, daß die Schiffe damit hätten besetzt werden können. Wir konnten für die Lebensmittelschiffe des Verbandes nicht einmal genügend Kohlen für die Wiederauffüllung der Bunker zur Stelle schaffen. Wie lange unter einer solchen Wirtshaft der Verband Lebensmittel zu liefern bereit sein wird, muß natürlich ganz ungewiß erscheinen.

Saag, 8. April. Reuters meldet aus Paris: Die Deutschen haben neue Konfigurationen für Lebensmittel verlangt. Sie erklären, es sei ihnen unmöglich, die Bezahlung in Gold fortzusetzen, da die Vorräte zur Bezahlung von Krediten bei Neutralen erschöpft seien. Hierzu erfährt der Pariser New-York Herald, daß die Alliierten, um die Richtigkeit dieser Mitteilung kontrollieren zu können, eine Konferenz mit den bedeutendsten neutralen Bankleuten zusammenrufen werden, die auseinanderzusetzen sollen, was Deutschland den Neutralen zahlen muß und warum die Banken sich weigern, weiterhin Kredite zu gewähren.

### Arbeiter- und Wirtschaftsräte.

Berlin, 5. April. Das Kabinett hat die nachfolgenden Abänderungsvorschläge zu Artikel 34 der Reichsverfassung angenommen:

Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt und in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betriebs- und Wirtschaftszweigen gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausübung der Sozialgesetzgebung mit den Vertretern der Unternehmern zu Bezirkswirtschaftsräten und

zu einem Reichsarbeiterrat. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt. Die Reichsarbeiterrat wird durch die Reichsregierung ernannt.

unde noch  
n ä h e r n  
in e i n g e -  
it g l i e d e r n

S o ß -  
D a r m  
b e f i n d e n ,  
r d e u t -  
r m f ä d e r  
e i f b e -  
m m e n .

n i c h t z u -  
v o n a m f e -  
n , e i n e  
n k o m m e n  
b i s h e r i n  
D a n n  
g e z w u n -  
e i n g e -  
g a n z  
m i t e i n e r  
r e c h n e n .  
m e n s t e u e r  
w ä r d e .  
s i c h d i e  
S a c h g e -  
w o n s c h o n  
b e r l e h e n i s t  
i n d i e n e n .  
D a r f w a r  
e s t r u g e  
S t a t s e n -  
t w e n v o n  
h a b e v o n  
s i n d i e  
k o m m e n  
g e g e n . I n  
S l a g v o n  
d e n . I n  
t e i l w e i s e  
v o n 2 6 0  
1 0 4 0 0  
k o m m e n  
a t s u n d  
w e d e r s i c h  
Z u s c h l ä g e  
e i n A r -  
b e i t e r a l s

1 1 a n g e -  
n t v o m

n u m m  
1 4 L a -

e i n g e -  
w i e d i e  
B a l l a s t  
e i n m a l  
w a r e n .  
n . W i r  
n i c h t e i n -  
e r B u n -  
d e n W i r -  
t e n w i r d .

e Deut -  
e r l a n g t .  
i n G o l d  
t e n b e i  
r N e u -  
t d i e s e r  
m i t d e n  
w e r d e n .  
e n t r a l e n  
e i t e r h i n

n a c h f o l -  
d e r b e r f a -

e r e c h -  
a n d e r  
n g d e r  
D i e b e i -  
B e r e i n -  
t e n z u  
a f t l i -  
f t z w e i -  
e i c h s -  
R e i c h s -  
s c h a f t l i -  
c h e n d e r  
u n d

zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. So-  
zialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von  
grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung  
vor ihrer Einbringung beim Reichstag dem Reichswirt-  
schaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichs-  
wirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim  
Reichstag zu beantragen, die ebenso wie die Vorlagen der  
Reichsregierung oder des Reichsrates zu behandeln sind.  
Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen  
überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefug-  
nisse übertragen werden. Aufbau und Aufgabe der Arbeit-  
er- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu andern  
sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichs-  
gesetz geregelt.  
Diesem Zusatzartikel soll eine ausführliche Begründung bei-  
gegeben werden.

### Die Verankerung der Räte in der Verfassung.

Berlin, 7. April. Zu dem bereits gestern veröffentlichten  
Entwurf eines neuen Artikels 34 der Reichsverfassung  
führt eine ausführliche Begründung u. a. folgendes aus:

In dem Entwurf wird der Versuch gemacht, den Räte-  
gedanken verfassungsrechtlich zum Ausdruck zu  
bringen. Es kann dies dem Wesen der Verfassung entsprechend  
nur in allgemeiner Form geschehen. Die Ausführungen im ein-  
zelnen müssen einem speziellen Gesetz vorbehalten bleiben,  
das möglichst bald der Nationalversammlung zur Beschlussfas-  
sung vorgelegt werden soll. Aus diesem Gesetz wird auch das  
Verhältnis der in dem Entwurf vorgesehenen Einrichtung zu  
andern sozialen Selbstverwaltungskörpern,  
z. B. den Arbeitsgemeinschaften, zu bestimmen sein. Auf den  
Grundgedanken, daß der Arbeiter nicht nur Arbeiter, sondern  
auch Produzent ist, bauen sich die beiden sozialen Rechtsformen  
auf, welche das Gesetz der neuen Bewegung zur Verfügung stel-  
len will: 1. der Arbeiterrat, nämlich Betriebsarbeiter-  
rat, Bezirksarbeiterrat und Reichsarbeiterrat, 2. der Reichs-  
wirtschaftsrat, nämlich Bezirks- und Reichswirtschafts-  
rat. Dem Arbeiterrat fällt die Vertretung der sozialen  
und wirtschaftlichen Interessen zu. Auch andere Ange-  
legenheiten, die Arbeiterinteressen berühren, Fragen des Woh-  
nungs- und Gesundheitswesens, müssen in den Arbeiterräten  
behandelt werden. Die Arbeiterräte sind ihrem Wesen nach die  
Verwirklichung der alten Arbeiterforderung nach Errichtung  
von Arbeiterkammern. Die Betriebsarbeiterräte werden erwei-  
terte Funktionen der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zu  
übernehmen haben. Es müssen ihnen auch solche Aufgaben zu-  
gewiesen werden, die bisher die Arbeiter- und Angestellten-  
ausschüsse in ihrer rein sozialpolitischen Einstellung nicht be-  
sessen haben. Solche Aufgaben liegen auf wirtschaftlichem Ge-  
biet. Ob die Betriebsräte neben den bereits bestehenden Ar-  
beiter- und Angestelltenausschüssen eingerichtet werden sollen  
oder ob diese Ausschüsse in den Betriebsräten aufgehen sollen,  
bleibt der Entscheidung durch das in Aussicht genommene  
Reichsgesetz vorbehalten. Die von dem Entwurf vorgeschla-  
gen Wirtschaftsräte sind dazu bestimmt, den Arbeit-  
er als Produzenten an der gesamten wirt-  
schaftlichen Tätigkeit zu beteiligen. Den Wirt-  
schaftsräten müssen in der Gestaltung der Geschäftsordnung  
und Geschäftsverteilung möglichst weitgehende Freiheiten ein-  
geräumt werden, damit sie in der Lage sind, für die sachlichen  
Bedürfnisse der einzelnen Wirtschaftszweige und der besonde-  
ren Aufgaben die ihnen angemessenen Einrichtungen zu schaf-  
fen. Die geschäftliche Sozialisierung kann durch  
die Tätigkeit der Wirtschaftsräte gefördert werden. Das Recht  
zur geschäftstätigen Initiative, das den Wirtschaftsräten und  
in ihnen den Arbeiterräten zustehen soll, ist geeignet, das po-  
litische Parlament jeberzeit und unmittelbar vor die wichtigs-  
ten Lebensfragen zu stellen, die das wirtschaftliche und so-  
ziale Leben aufwirft. Es sind weiter insbesondere Aufgaben der  
sozialen und politischen Verwaltung der allgemeinen Ver-  
waltungszweige, die auf die Wirtschaftsräte übertragen werden  
können. Diese Selbstbestimmungsorganisation dient dem  
Staate, der in seiner Gesetzgebung entlastet wird, und sie dient  
der Wirtschaft, ihre regulierende Arbeit wirkt sachlich, wenn  
die Beteiligten sie selbst unmittelbar gestalten.

Berlin, 7. April. Auf dem Rätekongress wird die  
Reichsregierung durch die drei zuständigen Ressortminister  
Bauer, Wissell und Robert Schmidt vertreten.

### Streiks und Lebensmittelbeschaffung.

Berlin, 7. April. Immer brennender wird die Frage  
der Beschaffung von Zahlungsmitteln für die  
weitere Einfuhr von Waren und Erzeugnissen zur Sicherung  
unserer Ernährung. Wenn die Kohlenförderung weiter stockt,  
wenn wir nicht Kali oder Fertigwaren liefern können, dann  
muß die deutsche Ernährung zusammenbre-  
chen, ehe die nächste eigne Ernte herangekommen ist. Was  
die verlangte Zulassung des freien Handels zum Ankauf von  
Nahrungsmitteln in den neutralen Ländern betrifft, so muß  
dieser Einkauf noch weiter von einer Zentrale aus geschehen,  
da sonst Schwierigkeiten in der Valuta und dadurch entstehen,  
daß Aufkäufer mit deutschen Waren mit den Reichsstellen in  
Wettbewerb treten.

### Gegen die Vöslöfung.

Der Vorstand des Rheinischen Städtebundes,  
der am Samstag unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters  
Stein, Bieren, sagte, erklärte sich, wie die Jta erfährt, in  
Uebereinstimmung mit der Kundgebung des Rheinischen Pro-  
vinzialausschusses einstimmig mit größter Entschieden-  
heit gegen die Abtrennung der Rheinprovinz  
oder einzelner ihrer Teile. Die Versammlung forderte die un-  
eingeschränkte Aufrechterhaltung der bisherigen politischen und  
wirtschaftlichen Beziehungen der Rheinprovinz und spricht die  
Bestimmte Erwartung aus, daß die Reichsregierung mit al-  
len Mitteln derartigen Abtrennungsbestrebungen entgegen-  
tritt und ihren Standpunkt zur Geltung bringt.

### Mandatsniederlegung.

Der demokratische Abgeordnete zur preussischen Landes-  
versammlung, Prof. Dr. Johannes Scherer, Köln, hat aus  
Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt. An seiner  
Stelle als Abgeordneter in der preussischen Landesversam-  
mlung tritt nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes der zweite

Kandidat, Dr. August Gottschall, Seminardirektor in  
Gummersbach.

## Zur Lage in Bayern.

München, 8. April. Ueber den Bereich des ersten bayeri-  
schen Armeekorps wurde der verschärfte Belage-  
rungsstand verhängt. Wer tödlich gegen Vertreter der  
Käterepublik vorgeht, wird erschossen. Die Straßen dürfen  
nach 8 Uhr abends nicht betreten werden, was natürlich mit  
Einschränkung aufzufassen ist, da für heute abend viele Ver-  
sammlungen angesagt sind. Während die Kommunistische Par-  
tei es ablehnte, sich an der Ausrufung der Käterepublik zu be-  
teiligen, erklärt die Unabhängige Partei eine Erklärung,  
wonach sie ebenfalls von der Beteiligung der Käterepublik  
zurücktritt, wenn nicht die Sozialisierung der  
Presse, des Großgrundbesitzes und der Banken sowie der Ab-  
schluß eines Bündnisses mit Ungarn und Rußland  
erfüllt würden. Großes Straßengewimmel und Glockengeläute  
kennzeichneten den heutigen Tag. Allenthalben auf Straßen  
und Plätzen betätigen sich Volkstreuer.

Ansbach, 8. April. Die von der Sozialdemokratischen  
Partei dem Gewerkschaftsamt und der Unabhängigen Partei  
zum 7. April abends berufene Massenversammlung sprach sich  
nach einigen Ansprachen einstimmig für die Käte-  
republik aus, die schon am 7. April mittags ausgerufen  
worden war, ohne daß die Führer wußten, wie sich die Arbeit-  
erschaft dazu stelle.

London, 7. April. Das rumänische Pressebüro berich-  
tet über bolschewistische Tätigkeit in Bulgarien. Die  
Bukarester Zeitung Uniberful lündigt die Ankunft von  
magyarischen Bolschewisten-Agitatoren in Sofia an, welche mit  
Bulgarien sympathisieren zwecks gemeinsamen Handelns.

Wien, 8. April. Laut Amstatistik sind in Deutsch-  
Oesterreich bis Ende 1917 hund ritausend Personen an Un-  
terernährung gestorben.

## Die Tatsache der Papiernot

Streits und politische Unruhen kennzeichnen nach wie vor  
die allgemeine wirtschaftliche Lage, die Arbeitsunlust gras-  
t, die Arbeitsintensität sinkt, die Lohnforderungen steigen  
dagegen ins Ungemessene an und inzwischen schreien Kohlen-  
und Rohstoffknappheit, verbunden mit der Krisis des Ver-  
kehrs, der Katastrophe entgegen. Unser Wirtschaftsleben steht  
vor dem Abgrund. Nichts beweist eindeutiger diese Tatsache  
als der Notstand der Papierindustrie. Schon allein der Um-  
stand, daß die Frage der Papierbeschaffung, die eigentlich  
eine Rohstofffrage sein sollte, zunächst und fast aus-  
schließlich eine Kohlenfrage geworden ist, weist auf die  
außerordentlichen Lähmungserscheinungen hin, die unseren ge-  
samten Wirtschaftskörper behaftet. Ein Ausweg ist fast nicht  
mehr zu hoffen. Die neue Papiernot kommt.

Von Tag zu Tag werden die Verhältnisse auf dem Papier-  
markt schlimmer. Der Grund ist nicht schwer zu erklären.  
Lagen doch bereits im Januar dieses Jahres 60 Prozent sämt-  
licher Papier- und Zellstofffabriken still, eine Zahl, die in den  
letzten Monaten noch erheblich zugenommen hat, und zwar ist  
hier die Verursachung weniger in dem Fehlen von Zellulose und  
in dem Ausbleiben der russischen Hölzer (diese Frage spielt  
nur für wenige mitteldeutsche Zellstofffabriken eine ausschlag-  
gebende Rolle), als in dem immer bedrohlicher werdenden  
Kohlenmangel zu suchen. Es nützt nichts mehr, an der  
bestimmte zu erwartenden Tatsache vorbei zu sehen, daß viel-  
leicht schon Ende April, aber sicherlich anfangs Mai, die Pa-  
pierindustrie vor einem Zusammenbruch steht.  
Die Hauptursache daran trägt die in absehbarer Zeit, wenigstens  
in den nächsten Monaten noch nicht zu behebende Knappheit der  
Kohlenversorgung, zum anderen Teil allerdings ist auch der  
Mangel an Zellulose ein stark mitwirkendes Moment. Jeden-  
falls will man an eine Besserung der Verhältnisse, an einen  
Neuaufbau der Papierindustrie, die Behebung des gegenwärtigen  
Darniederliegens herantreten, so kann es nur auf der  
Grundlage geschehen, daß die Kohlenbeschaffung forciert wird  
und in ausreichender Form an Zellstoff- und Papierfabriken  
Brennstoffe zugeführt werden. Bis zu welchem Zeitpunkt kann  
das geschehen? Wann hat die Kohlenförderung wieder ein er-  
trägliches Maß erreicht? wann ist sie vor periodischen Stö-  
rungen gesichert? Und wann stehen vor allem die Verkehrsmit-  
tel zur Verfügung, die geförderte Kohle den Produktionsstätten  
zuführen? Das ist heute die Frage der Papierbeschaffung  
überhaupt.

Die Tagespresse fühlt sich durch den augenblicklichen Zu-  
stand in der Papierzuteilung vielfach bedrückt. Nach der stas-  
ten Kriegseinschränkung glaubte die Presse mit Recht, daß  
nunmehr die alten Fesseln der Papierrationierung fallen und  
neue Entwicklungsmöglichkeiten, vor allem für die Tagespresse,  
geschaffen werden würden. Durch die gegenwärtige Entwick-  
lung und ihre bevorstehende Verschlimmerung werden jedoch die  
Aussichten für die Papierbeschaffung der Tagespresse für ab-  
sehbar Zeit noch weit unter den Durchschnitt der Kriegsjahre  
herabgedrückt werden. Dies erhellt aus einigen Ziffern: Im  
August 1918 wurden noch 117 000 Tonnen Papier hergestellt.  
Die heutige Fabrikation (deren Weiterbestand noch fraglich ist),  
beträgt aber nur noch 53 000 Tonnen, einschließlich 9000  
Tonnen Pappe. Die Tagespresse erhielt von diesem Quan-  
tum bisher 45 Prozent. Diese Menge ist ihr auch, trotzdem in  
den letzten Monaten die Lage der Papierindustrie immer ge-  
fährlicher und die Produktion immer geringer wurde, fast im  
vollen Umfange genahrt geblieben. Es läßt sich aber sehr  
leicht ausrechnen, daß bei dem Fortbestehen der augenblickli-  
chen Industrielage die Zuteilung an die Presse in kurzem  
ganz erheblich verringert werden muß. Ist es doch sogar nicht  
ganz aus dem Bereich der Möglichkeiten, daß über kurz oder  
lang in der Papierindustrie ein vollständiger Stillstand ein-  
tritt. Das einzige Mittel, um den status quo zu erhalten und  
in absehbarer Zeit eine Besserung der Verhältnisse anzustre-  
ben, ist die Aufklärung der Arbeiterschaft, daß nur von einer  
geregelten Arbeit, von der Aufrechterhaltung und Verme-  
hrung der Produktion, besonders in der Kohlenförderung, das

Heil des deutschen Wirtschaftslebens und die Rettung vor selb-  
nem Zusammenbruch abhängig sind.

Die weitere Erhöhung des Druckpapier-  
preises ist inzwischen laut Bekanntmachung der Reichsstelle  
für Druckpapier vom 28. März 1919 zur Tatsache geworden.

### Ein Unfall des Kronprinzen.

Haag, 7. April. Aus Beringen wird gemeldet: In  
Gesellschaft eines technischen Beamten des Arbeitsministe-  
riums machte der frühere deutsche Kronprinz auf einem Mo-  
torrad einen Ausflug und zog dabei seinen Begleiter in  
einem Anhänger mit sich. In Dosterland bog der Kronprinz  
mit großer Schnelligkeit um eine Ecke. Dabei fuhr er mit  
aller Kraft gegen einen Stein. Das Motorrad mit An-  
hänger flog um. Der Kronprinz hat sich dabei einen schwe-  
ren Handbruch im Handgelenk und einen Armbruch  
zugezogen und befindet sich in ärztlicher Behandlung. Sein  
Begleiter kam mit dem Schreden davon. Das Motorrad  
wurde schwer beschädigt. Ein Lokalberichterstatler teilt  
mit, daß demnächst die frühere deutsche Kronprinzessin  
mit ihren Kindern für kurze Zeit nach Holland komme  
und auf dem Schloß der Familie Ufford in der Nähe von Ur-  
recht wohnen werde. Dem Kronprinzen ist offiziös zugesagt  
worden, daß er seine Familie für einige Wochen dort besuchen  
darf.

### Die Politik Japans.

Amsterdam, 7. April. Daily Telegraph meldet aus  
Tokio: Uchida hielt im japanischen Parlament eine Rede über  
die äußere Politik Japans, worin er sagte, daß die Regierung  
dafür sorgen werde, daß alle gesetzlichen Maßregeln gegen die  
Einwanderung der Japaner nach den verschiede-  
nen Ländern aufgehoben würden. Dies würde die logische  
Folge des Völkerbundes sein, auf dessen Zustandekommen die  
Regierung großen Wert lege. Was die früheren deutschen  
Inseln im Stillen Ozean anbelange, so müsse man  
bedenken, daß die Konferenz im Prinzip den Mandatsgrund-  
satz angenommen habe, aber die Regierung werde auch in die-  
ser Frage die japanischen Interessen verteidigen. Uchida er-  
klärte, der Völkerbund werde keineswegs die Bande lösen, die  
Japan mit England verbanden. Japan werde im Gegenteil  
fester als je an dem Bunde mit England festhal-  
ten. Wie der Daily Telegraph meldet, erregte die Erklärung  
Uchidas über das Festhalten an dem japanisch-englischen Ver-  
trag in Paris das größte Aufsehen.

## Kleine Nachrichten.

Weimar, 7. April. Die Staatsanwaltschaft hat an die  
Nationalversammlung das Ersuchen gerichtet, die Immuni-  
tät des Unabhängigen Sozialdemokraten Geher aufzuheben  
und die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Expres-  
sung von 400 000 Mark von dem Leipziger Ober-  
bürgermeister zuzulassen. Geher hatte bekanntlich diese  
Summe während der Revolutionstage von dem Leipziger Ober-  
bürgermeister aus der Leipziger Stadtkasse für unbestimmte  
Zwecke sich auszahlen lassen. Eine Abrechnung ist nie er-  
folgt.

Bern, 7. April. Das Komitee der Schweizer Sozial-  
istenpartei sandte folgendes Telegramm an die Budapest-  
er Regierung: „Das Komitee der Schweizer Sozialis-  
tenpartei, das heute im Berner Volkshaus zusammen-  
getreten ist, begrüßt die Sowjetregierung und das Proletariat  
der ungarischen Völker. Es drückt ihnen seine Sympathie  
aus und sendet ihnen die herzlichsten Grüße.“

Warschau, 7. April. Das polnische Kabinett hat in  
ganz Polen für drei Monate die konstitutionellen  
Garantien aufgehoben.

London, 7. April. Reuter meldet aus Budapest: Der  
frühere ungarische Abgeordnete Graf Porcia, einer der Stüt-  
zen des verstorbenen Grafen Tisza, ist in Konstanza verhaftet  
worden, wo er versuchte einen bolschewistischen Auf-  
stand zu organisieren. An der rumänischen Grenze werden  
größere bulgarische Truppenbewegungen festgestellt.

Luxemburg, 7. April. Der Kammer sind Regierungsvor-  
schläge vorgelegt worden, über ein Referendum über  
die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen mit Frankreich  
und Belgien zusammen mit dem über die dynastische Frage.

Straßburg, 7. April. Acht der Straßburger  
Fortis sind mit den Namen Foch, Joffre, Petain, Kleber,  
Lefebvre, Desaix, Ney, Rapp, Hoche, Duroc und Ulrich ver-  
sehen worden.

Paris, 7. April. Mitglieder aller Delegationen bei der  
Friedenskonferenz sind von der französischen Regierung ein-  
geladen worden, die zerstörten Gegenden Nordfrankreichs zu  
besuchen.

Wien, 7. April. Wie verlautet, sind 50 russische  
Bolschewiken, welche in der ungarischen Woiwodschaft ihren  
Sitz aufgeschlagen haben, emsig damit beschäftigt, Propaganda  
zu betreiben.

Berlin, 7. April. Von zuständiger Stelle wird mit-  
geteilt: Die uns zum Einkauf von Lebensmitteln  
zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel haben zunächst aus-  
gereicht, um die von dem Verband garantierten Mengen zu  
kaufen. Das erste von Deutschland freihändig anzufaufende  
Monatskontingent konnte aber nur zum Teil gekauft  
werden weil die Zahlungsmittel fehlen. Die  
weitere Versorgung Deutschlands hängt davon ab, daß wei-  
tere Zahlungsmittel beschafft werden.

Berlin, 8. April. Von berufener Stelle wird uns mit-  
geteilt: Das Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung be-  
schlossen, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzu-  
legen, wonach der 1. Mai zum Nationalfeiertag er-  
klärt werden soll.

Haag, 7. April. Wie der parlamentarische Mitarbeiter  
der Times mitteilt, traf in London die Nachricht ein, daß  
Lloyd George Ende dieser Woche nach London zurück-  
kommen hofft. Er dürfte dann in der nächsten Woche im  
Parlament eine Erklärung über die Friedenspräliminarien  
abgeben.

Paris, 8. April. Reuter erfährt von maßgebender Seite,  
daß man sich über die Hauptpunkte hinsichtlich der Entschä-  
digung geeinigt habe. — Paderewski und Illubski be-

Juchien Clemenceau und Pichon. — Der Abtransport von 60 000 Mann polnischer Soldaten nach Polen beginnt am 15. April.

Berlin, 8. April. Ein allgemeiner Streik im Bankgewerbe steht bevor. Die Angestellten der Darmstädter Bank haben gestern nach längeren Verhandlungen mit der Direktion beschlossen, wegen Lohnunterschieden in den Streik zu treten. Die Angestellten sämtlicher anderen Banken beschließen ebenfalls, die Arbeit niederzulegen.

Münzberg, 7. April. Auf dem Residenzplatz wurde am 7. April die Räterepublik ausgerufen. Banken, Telegraphen, Telegraphen und Zeitungen wurden von Kommunistentruppen besetzt. Das Militär, einschließlich der Freiwilligenverbände, steht auf Seiten der Kommunisten. Der Generalstreik ist heute vormittag 10 Uhr ausgebrochen. Sämtliche Fabriken und Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, sind geschlossen.

Nürnberg, 8. April. In der Stadt herrscht Ruhe. Gestern abend fanden elf Versammlungen der Mehrheitssozialisten statt, die sich gegen die Ausrufung der Räterepublik in Bayern erklärten. Ueber Nürnberg ist der Kriegszustand verkündet worden.

Bamberg, 7. April. Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien der drei fränkischen Regierungsbezirke haben untereinander Fühlung genommen und erheben einstimmig Protest gegen die Räterepublik.

Passau, 7. April. Eine vom A.S.R. einberufene Versammlung sprach sich für die Einführung der Räterepublik und für ein Bündnis mit Ungarn und Rußland aus.

Berlin, 8. April. Der kommandierende General in Magdeburg, v. Kleist, ist gestern wieder freigelassen worden. — Nachts fanden in Magdeburg große Plünderungen der Getreidespeicher statt.

### Aus Rheinland und Westfalen.

Aachen, 7. April. Folgende Lebensmittel werden der Zivilverwaltung von der französischen Militärbehörde für die Bevölkerung bis zum 6. April zur Verfügung gestellt: 4 Waggons und 48 Zentner Getreide, 140 Zentner Mehl, 238 Zentner Fett oder Speck, 552 Zentner Reis, 100 Zentner Getrocknetes Gemüse, 1700 Zentner Kartoffeln, 421 Zentner gebrochene Erbsen und 76 Zentner Bohnen.

### Kleine Chronik.

Die amerikanische Besatzungsbehörde veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach der jede Anhäufung von Pferde- oder Viehdünger in den von den amerikanischen Truppen besetzten Ortschaften vor dem 1. Mai weggeschafft sein muß. Der Dünger soll in Zukunft wöchentlich zweimal auf die Felder oder auf Haufen gebracht werden, die mindestens 1000 Meter von dem Ort entfernt sind. Damit dürfte der Stolz des Bauern, der Kiefernspitzenhaufen vor dem Hause, bald aus dem Landschaftsbild verschwunden sein. — Von einem Nachzügler aus wurde auf den Bahnhöfen Busch aus Andernach auf der Strecke Weisenthur-Andernach ein Schuß abgegeben, wobei ihm ein Arm zersplittert wurde. Der Beamte konnte sich noch in das Bahnhöfenhaus schleppen, um durch das Telefon Hilfe und Ablösung herbeizurufen. Eine Maschine brachte den in großer Lebensgefahr schwebenden Mann nach Andernach. — Ein frecher Raubüberfall wurde am hellen Tage in der Bachemstraße in Köln ausgeführt. Ein junger Burche fiel das Laufmädchen eines hiesigen Warenhauses in den Hintern an, schlug es nieder und entriß ihm die Aktentasche, in der sich 1000 Mark befanden, die das Mädchen zum Umwecheln zur Kasse der Straßenbahn bringen sollte. Es gelang den flüchtenden Dieb einzubohlen und der Polizei zu übergeben. — Die Nachfrage nach 1918er Weizen hält weiter an. Durchschnittlich stellen sich die Preise für das Fuder auf 6000 bis 8000 Mark. Große Preissteigerungen hat der 1917er erfahren. Für das Fuder werden bis zu 18 000 und 20 000 Mark bezahlt. — In unverantwortlicher Weise wird die Stadt Köln von Leuten betrogen, die Arbeitslosenunterstützung beziehen und dennoch arbeiten. Fast zehn solcher Fälle kommen täglich zur Anzeige. Da es sich hierbei um eine schwere Schädigung der Allgemeinheit handelt, gehen die Gerichte mit schweren Strafen vor. — Für die hiesige Justizverwaltung ist vom Ministerium die durchgehende Arbeitszeit genehmigt worden. — Der Bonner Generalanzeiger bringt folgende Anzeige: 10 Zentner Kartoffeln oder 12 Pfund fetten Speck demjenigen, der mir drei bis vier Zimmer und Küche für den 15. April befreit. Auch ein Zeichen der Zeit. — Mehrere Personen wurden in Grafath von der britischen Behörde dabei abgefaßt, als sie Schleifhandelswaren, hauptsächlich Fettwaren, vom besetzten ins unbesetzte Gebiet schaffen wollten, um sie dort zu hohen Preisen zu verkaufen. — Das Volksgericht in Fürth (Nürnberg) verurteilte den Händler Birtel, der das Gastwirtschepaar Krant ermordet und beraubt hatte, zweimal zum Tode.

### Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Rückständige Entlassungs- und Marschgeld. Alle rückständigen Forderungen sind nach einem neuen Kriegsministeriellen Erlaß ohne Rücksicht auf die Form der Entlassung (d. h. es bleibt gleichgültig, ob der Antragsteller ordnungsmäßig oder behelfsmäßig entlassen ist) von den zuständigen Bezirkskommandos zu begleichen. Die Forderungsberechtigten müssen ihre Ansprüche schriftlich bei den Bezirkskommandos unter Beifügung der Ausweispaapiere geltend machen. Einwandfreie Forderungen werden von den Bezirkskommandos sogleich ausgezahlt; bei nicht einwandfreien Forderungen, für die eine Nachprüfung notwendig wird, erhält der Antragsteller einen Zwischenbescheid. — Auskünfte über Gebührensfragen können nur auf dem Dienstwege, bezogen bei Entlassenen durch das zuständige Bezirkskommando eingeholt werden. An das Kriegsministerium unmittelbar gerichtete Gesuche und Anträge solcher Art bleiben unbeantwortet.

### Vermischtes.

Alsenz (Pfalz), 3. April. 9000 Zentner Brotpotenz treide zu wenig abgeliefert wurden von der letzten Ernte im Bezirk des Kommunalverbandes Rodenhäuser. Gegen die schuldigen Landwirte soll scharf vorgegangen werden. Wenn von den Landwirten alle entbehrlichen Lebensmittel gewissenhaft abgeliefert würden, gäbe es keine Not in den Städten, und es wäre dann auch nicht ein so trauriger Fall denkbar, wie der aus Kreuznach gemeldete, wo in diesen Tagen eine bejahrte Dame, die sich schämte, öffentliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, nach dem Zeugnis des Arztes buchstäblich Hungers gestorben ist.

Haben wir in diesem Jahre einen reichen Obstgeiz zu erwarten? Schon wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß unsere Obstbäume alle überreich mit Blütenknospen besetzt sind. Dies trifft sowohl für das Kernobst wie auch für das Steinobst zu, auch die Witterungsverhältnisse haben sich derart entwickelt, daß wir mit einem guten Verlauf der Blüte rechnen können, denn durch das nächtliche Wetter der letzten Wochen sind die Bäume in ihrer Entwicklung sehr zurück geblieben, und der geringe Frost hat noch keinen Schaden angerichtet. Somit werden wir mit einem guten Blütenverlauf und reichen Fruchtansatz rechnen können. Die Landwirte und Obstzüchter sollten die zu erwartende reiche Ernte aber auch nach anderer Richtung zu sichern suchen, nämlich durch Bekämpfung der Schädlinge. Viele Bäume sind noch heute beart mit den Raupenneestern des Goldastfers behaftet, daß die mit Beginn der Vegetation hervorwühlenden Käupchen die Bäume ganz kahl freisen werden. Deshalb säume niemand, noch jetzt diese Raupenneester zu entfernen.

### Der amerikanische Speck.

Man schreibt uns: Eine dänische Zeitung bringt die Mitteilung, daß in Aarhus kürzlich ein amerikanisches Speck Trichinen gefunden seien. Infolgedessen habe die dänische Regierung angeordnet, daß aller amerikanischer Speck, der in Dänemark zum Verkauf kommt, auf Trichinen von einem dazu ermächtigten Tierarzt oder einer öffentlichen Fleischkontrollbehörde untersucht werden muß, bevor er in den Handel gebracht wird. Auch aus England und aus Holland wurde in letzter Zeit gemeldet, daß Maßregeln gegen die Gefahren von trichinienhaltigem amerikanischem Speck in Vorbereitung wären. Den Verbrauchern wurde empfohlen, amerikanisches Fleisch vor dem Genuß zu kochen. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Einfuhr von amerikanischem Fleisch und Speck in Deutschland wird es nötig sein, auch bei uns der Frage einer Sicherung gegen Trichinen durch die Fleischschau schleunigt näher zu treten. Bereits bei dem Handelsabkommen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten hat die Frage der Zulassung von amerikanischem Schweinefleisch in Deutschland eine sehr bedeutende Rolle gespielt. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhob die Forderung der Zulassung von amerikanischem Schweinefleisch nach der Vornahme der amtlichen Trichinenschau in Deutschland, aber ohne Beibringung der von Deutschland verlangten Bescheinigung über erfolgte mikroskopische Trichinenuntersuchung in den Vereinigten Staaten. Demgegenüber hat die deutsche Regierung den Standpunkt eingenommen, daß alle sanitäts- und veterinärpolizeilichen Vorschriften sich nach dem Gesundheitsverhältnissen in den einzelnen Ländern richten müßten. In allen Ländern, und auch in den Vereinigten Staaten bestanden Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen aus veterinärpolizeilichen Rücksichten. So war in Amerika die Einfuhr von lebendem Rindvieh aus Deutschland verboten. Die deutsche Regierung hat es infolgedessen damals abgelehnt, im Rahmen der Tarifverhandlungen die Frage der Abschaffung der Trichinenatteste zu regeln.

Deutsche Worte. Ich fürchte, es werden noch die Jüngeren von Ihnen Zeiten erleben, wo sie sich nach einem starken Staat sehnen und sich vergebens dann danach umsehen. (Bismarck, im Reichstage am 2. 3. 1886.)

Schlechte Schüler — große Männer. Die diesjährige Ditegenjur wird gewiß nicht in jedes Haus Freude getragen haben. Es wäre jedoch unrecht, aus einer schlechten Zensur für den Schüler schon Schlüsse auf das Leben zu ziehen. Der große Gelehrte Cesare Lombroso erzählt in seinem nachgelassenen Werk: „Im „Genialen Menschen“ habe ich nachgewiesen, daß oft die größten Männer auf der Schule durchfielen, so Verdi und Rossini sogar in der Musik, und auch Newton wurde von seinen Lehrern für einen Dummkopf gehalten. Pestalozzi und Grebillon wurden beim Verlassen der Universität als „Schafstöpfe“ bezeichnet. Diderot galt als die Schande der Familie, und Balzac verbrannte sein Lehrer ein Manuscript über den „Willen“, ohne es vorher auch nur durchzulesen. Emile Zola zeigte in der Schule nur im Auffassungsgebiet, später fieler im schriftlichen Examen im Diktieren, in Geschichte und Literatur durch, und bei der Wiederholung des Exams in Marseille ging es ihm wiederum so.“ Neben großen Männern ist es nicht besser ergangen. Eugen Richter erzählt in seinen Erinnerungen an das Koblenzer Gymnasium, daß er dort als ein sehr schlechter Schüler galt. Das gleiche Los teilten mit ihm der Literaturhistoriker Gerbinus, der große Chemiker Justus von Liebig und der Begründer des Weltpostvereins, der geniale Generalpostmeister Stephan. Ebenso zählt unter unseren deutschen Dichtern mancher in der Zeit seiner Lernjahre zu den schlechten Schülern, wie Heinrich Heide, Ditto Julius Bierbaum, Thomas Mann. Letzterer erzählt von sich, daß man ihn — er war fast neunzehn — einzig um ihn loszuwerden, den Berechtigungschein zum einjährigen Militärdienst ausstellte. Es ist also die schlechte Zensur kein zuverlässiger Beweiser von Begabung und Fähigkeit, wie sie das Leben einmal in dem einstigen Schüler entwickeln wird.

Der Adelsbrief der Hohenlohe. Zum 100. Geburtstag des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe, des dritten Ranzlers im Deutschen Reich, am 31. März, sei an eine hübsche Anekdote über die Adelsbelege seines Hauses erinnert. Während der napoleonischen Kriege und später auf dem Wiener Kongreß wurde u. a. auch das Bestehen des Hauses Hohenlohe mediatisiert. Ein Teil davon kam in das Königreich Württemberg zu liegen. Der damalige König Karl forderte daher den Chef des Hauses auf, behufs Konstatierung des

Adels das Adelsdiplom vorzulegen. Dieser antwortete schriftlich, er sei außerstande, ein Diplom beizubringen, legte aber gleichzeitig Dokumente bei, die geeignet wären, den alten Adel der Familie nachzuweisen. Diese Dokumente waren: 1. Die Beschreibung eines Turniers, in dem ein Graf Hohenlohe einen Grafen Württemberg in den Sand legte. 2. Eine Urkunde über eine Hochzeit im Hause Hohenlohe, bei der ein Graf Württemberg einer Gräfin Hohenlohe die Schleppe trug. 3. Ein Schuldbrief eines Grafen Württemberg an einen Grafen Hohenlohe. Auf diese Belege hin soll König Karl nie mehr eine Vorlage des Hohenloheschen Adelsbriefes verlangt haben.

Internationaler Arbeiterschutz durch den Friedensvertrag. Man schreibt uns: Deutschland beabsichtigt bekanntlich, bei den Friedensverhandlungen gewisse internationale Vereinbarungen über die soziale Fürsorge für die Arbeiterschaft durchzusetzen. Bei den Erörterungen über das in dieser Beziehung aufzustellende Programm ist auf die großen Schwierigkeiten einer solchen Regelung hingewiesen, die darin liegen, daß einzelne Staaten auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes gegenüber den europäischen Industriestaaten außerordentlich im Rückstand sind. In dieser Beziehung lohnt es auf die Verhältnisse Japans auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes hinzuweisen. Noch vor kurzem war in Japan allgemein für Kinder und Arbeiterinnen eine Arbeitszeit von 14 Stunden üblich. Erst in neuester Zeit ist es gelungen, für Kinder, Frauen und Mädchen eine maximale arbeitszeit von 12 Stunden einzuführen. Von seiten der Arbeitgeber wurde dieser Reform der größte Widerstand entgegengekehrt. Die Arbeitslöhne sind trotz der durch die Kriegsgewinne der Industrie verursachten Erhöhung auch jetzt noch auf einem Stande, der mit den Löhnen in den europäischen Industriestaaten nicht verglichen werden kann. Da Japan durch den Krieg in die Reihe der führenden Industriestaaten eingetreten ist, läge eine gesetzliche Regelung des Arbeiterschutzes auch dort im allgemeinen Interesse. Welche Umwälzung des ganzen Wirtschaftslebens würde aber in Japan eintreten, wenn die Regierung durch den Friedensvertrag gezwungen würde, beispielsweise den achtstündigen Arbeitstag einzuführen. Sehr große Erwartungen darf man daher an Deutschlands Bestrebungen auf die internationale Regelung des gesetzlichen Arbeiterschutzes nicht knüpfen.

### Neueste Nachrichten.

Die Münchener Kommunisten gegen die Räterepublik.

München, 9. April. Auf einer von 5000 Kommunisten abgehaltenen Versammlung wurde gestern ein Auto mit Volksbeauftragten des revolutionären Zentralrates angehalten, die Insassen herausgerissen, lebensgefährlich bedroht, drei als Geiseln zurückgehalten und in ein heruntergefallenes Dorf gebracht. Das zweite Infanterie-Regiment in München hat gestern der Räterepublik keinen Schutz zugesagt. Das Infanterie-Regiment hat gegen die angeordnete Bereitschaft eine Kommunistenversammlung einberufen.

### Der Berliner Bankbeamtenstreik.

Berlin, 9. April. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten und der Deutsche Bankbeamtenverein haben gestern in gemeinsamer Sitzung einstimmig den Streik der Beamten bei den Berliner Großbanken beschlossen. Vorher hatten Einigungsverhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt stattgefunden, die indes ergebnislos verlaufen sind. Infolge dieses Beschlusses werden die Berliner Großbanken von morgen an geschlossen bleiben mit Ausnahme der Berliner Handelsgesellschaft, die keine Wechselstuben unterhält und die sich der Verpflichtung der gegenseitigen Unterstützung der Banken nicht angeschlossen hatte.

### Der Kampf gegen die Aufständischen in Magdeburg.

Magdeburg, 8. April. Die von den Spartakisten und Unabhängigen besetzt gewesene Zitadelle und das Gebäude des Generalkommandos sind von dem der Regierung treu gebliebenen Korps der aktiven Unteroffiziere wieder genommen worden. Die Aufständischen haben eine Elbbrücke besetzt. Sie sollen die Wächter haben, diese in die Luft zu sprengen. In der Richtung gegen Halle (Sachsen) die Aufständischen. Sie sollen dort auch 8 Geschütze in Stellung gebracht haben. Die eigentlichen Kämpfe gegen die Aufständischen haben noch nicht eingesetzt, werden aber für heute erwartet. Die von der Regierung nach Magdeburg entsandten Kommissionen sind bis 8 Uhr abends dort noch nicht eingetroffen. In der Stadt selbst herrscht verhältnismäßige Ruhe.

### Ausländische Lebensmittel.

Duisburg, 8. April. Im Duisburger Hafen sind heute die ersten Schiffe mit Lebensmitteln vom Verband eingetroffen. Es handelt sich um die Dampfer Badenia 11-Helvetia 6 und Rhenus 37. Drei weitere Schiffe, Rhenus 30, Badenia 4 und Mittelrhein, sind als vom Emmerich abgegangen gemeldet und werden sichtlich erwartet. Die Schiffe haben Speck, Schmalz, kondensierte Milch und andere Lebensmittel geladen. Diese werden hier umgeladen und an die Städte und Gemeinden des hiesigen Bezirks verteilt.

Frankfurt a. M., 9. April. Am Montag wurden 6 Eisenbahnwagen ausländischer Weizen mehr in Mainz für die Frankfurter Bevölkerung verladen. 15 weitere Wagen und 275 000 Kilogramm Speck sollen folgen.

Rotterdam, 9. April. Bis zum 5. April waren an Lebensmitteln für Deutschland aus englischen Schiffen in Rheinschiffen verladen worden: 27 000 Risten Milch, 2100 Tonnen Speck und Schmalz.

### Um den Fortfrieden.

Paris, 9. April. Bonar Law ist hier eingetroffen, um mit den britischen Delegierten über die endgültigen Bedingungen des Präliminärfriedensvertrages zu beraten. Seine Ankunft gilt als Zeichen, daß man über die Hauptpunkte des Friedensvertrages feste Beschlüsse faßt.

Ersteht Samstag, 1. Feiler S und Muffri. Der vierteljährliche unsere Bote. den Briefträger

Fernspre

Nr. 29

SK. Nicht d

Jüngst h von der „sim die Neuordn sträube, weil droht sähe.

Eine nähe worden, auf Kirche der N. Hat er mi so hat er le schuß getan.

Eine Kirch zurücksehen Ereignisse ge Staub sinken fertigen Rede schichte sich ruhig diese D aufse der J und dann, w wie alle ander Wie viele Vergnügen g der Rüche zu pheten zu S. Es hat in Christi nicht auf deren Se und denen na mußte. Nach Denn die erste mit aller nur Ausschlaggebe Faktor überse hatte, und di Tatsache, daß hat, sein Wor sie nicht von Weil die Fein ihrem grimmig Ost genug h Turmbau auf schädten zum haben meinter Herr seiner n läßt. Me, d sich beelit hat siegeln wollten ihnen allen ins fundis fingen.

Diese Tatsa chenfeinde sich eignes Endschit sinken hinunter das Schiff der Fahrt fortsetzt Auch jener „sinkenden Kir die Geschichte n sondern nur ei

Die P Der Vertreter fürwortete in in Spa vom 8 wählend der b licher Prozesstio

Aus

\* Das B Rabinett hat Nationalverjan nach der 1. M

—! Die G Gebietes ist in besteht für die ziere durch Hur zu vermeiden, bar nach dem B in diesen eine

Abfien teilung der briti sendungen aufg tischen Behörde seit (bei Postf Abfenders ange gesandt werden Schäden entsteh

\* Der H des mit: Nach wirtschaftliche die Beschäftigt und privaten V tet auf je hund stelte und Arb destens einen S Bestimmung der

Erscheint Mittwoch und  
Samstag mit den Beilagen  
„Eisener Sonntags-Zeitung“  
und illustriert. Familienblatt.

Bezugspreis  
vierteljährlich 1.85 M., durch  
unsere Boten 2.00 M., durch  
den Briefträger ins Haus ge-  
bracht 2.03 M.

Fernsprecher Nr. 21.

Erscheint mit Erlaubnis der britischen militärischen Behörde.

Malmédy-

# St. Vith'er Volkszeitung

Anzeigen  
Kosten die Gespaltene Petit-  
zeile od. deren Raum 20 Pfg.  
Grundchrift: Garmond.  
Bei größeren Abchlüssen  
entsprechende Rabattvergütung.

Redaktion, Druck und Verlag  
Germann Doepgen,  
St. Vith (Eifel).

Nr. 29

(Zweites Blatt.)

St. Vith, den 12. April 1919.

54. Jahrgang

## SK. Nicht die „sinkende“, sondern die siegende Kirche.

Jüngst hat ein sozialdemokratischer Minister das Wort von der „sinkenden Kirche“ ausgesprochen, welche sich gegen die Neuordnung der Dinge auf kirchenpolitischem Gebiet sträube, weil sie sich durch dieselbe in ihrem Bestand bedroht sähe.

Eine nähere Begründung ist diesem Satze nicht beigelegt worden, auch keine nähere Ausführung darüber, welche Kirche der Redner im Auge hatte.

Hat er mit seinem Satze auf die katholische Kirche gezielt, so hat er keinen Tillschluß, sondern einen gewaltigen Fehlschuß getan.

Eine Kirche, die auf einen Bestand von 19 Jahrhunderten zurücksehen kann, die in dieser ihrer Geschichte ganz andere Ereignisse geschaut und ganz andere Gegner hat in den Staub sinken sehen, mit einer kurzen Geste und einer leichtfertigen Redensart zu erledigen, wird kein Kenner der Geschichte sich einbilden. Die katholische Kirche wird daher ruhig diese Deklamation zu den anderen legen, welche sie im Laufe der Jahrhunderte zu hören Gelegenheit gehabt hat und dann, wenn die Stunde gekommen, da dieser Gegner wie alle anderen erledigt ist, an dieselbe erinnern.

Wie viele haben sich im Laufe der Zeiten das billige Vergnügen gemacht, den nahe bevorstehenden Untergang der Kirche zu prophezeien, und wie kläglich sind diese Proppheten zu Schanden geworden.

Es hat in den vergangenen Jahrhunderten der Kirche Christi nicht an Gegnern und grimmigen Feinden gefehlt, auf deren Seite, menschlich betrachtet, die Uebermacht war, und denen nach menschlicher Betrachtung der Sieg zufallen mußte. Nach menschlicher, aber nicht christlicher Betrachtung. Denn die erstere überließ einen Faktor, von dem die letztere mit aller nur erdenklichen Sicherheit wußte, daß er der Ausschlaggebende sei. Die erstere Betrachtung hatte diesen Faktor übersehen, weil sie den Glauben an ihn verloren hatte, und dieser an ihr übersehene Faktor ist eben die Tatsache, daß Jesus selbst seiner Kirche seine Hilfe versprochen hat, sein Wort verpfändet hat, daß er sie zum Siege führen, sie nicht von ihren Feinden überwältigen lassen werde. Weil die Feinde der Kirche das übersehen, sind sie mit samt ihrem grimmigen Vernichtungswillen zu Schanden geworden. Oft genug haben sie dem Felsen Petri gegenüber ihren Turmbau aufgeführt, aber jedesmal, wenn sie sich dann anschickten zum letzten Sturm, wenn sie den Sieg bereits zu haben meinten, mußten sie die Erfahrung machen, daß der Herr seiner nicht spotten und seine Kirche nicht vernichten läßt. Alle, die der Kirche ihren Totenschein auszustellen sich beeilt hatten, alle, die sie einsargen und das Grab versiegeln wollten, sind selbst dahingesunken; die Kirche konnte ihnen allen ins Grab sehen und das Requiem und De Profundis singen.

Diese Tatsachen der Geschichte sollten die modernen Kirchenfeinde sich vor Augen halten, damit sie aus denselben ihr eignes Endschicksal sehen. Nicht die Kirche sinkt, sie selbst sinken hinunter in das Meer der Zeiten, über welches hinweg das Schiff der Kirche unausgelenkt und siegesicher seine Fahrt fortsetzt bis zu den Gestirnen der Ewigkeit.

Auch jener Redner wird erleben, daß sein Wort von der „sinkenden Kirche“ gar sehr verfrüht war, ein Wechsel, den die Geschichte nicht einlösen wird, weil sie nicht eine „sinkende“ sondern nur eine siegende Kirche kennt.

## Kirchliches.

Die Prozessionen im besetzten Gebiet. Der Vertreter der deutschen Regierung überreichte und bewilligte in der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spa vom 8. April die Bitte des Erzbischofs von Köln, während der bevorstehenden Osterzeit die Abhaltung kirchlicher Prozessionen allgemein zu erlauben.

## Aus dem Kreise Malmédy.

\* St. Vith, 11. April.

\* Das Vaterland ist gerettet! Das Berliner Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach der 1. Mai zum Nationalfeiertag erklärt werden soll.

! Die Grupppllicht innerhalb des britisch besetzten Gebietes ist nicht einheitlich geregelt. An einzelnen Orten besteht für die Zivilbevölkerung die Verpflichtung, Offiziere durch Hutabnehmen zu grüßen. Um Mißbilligkeiten zu vermeiden, empfiehlt es sich für Reisende, sich unmittelbar nach dem Betreten fremder Ortschaften zu erkundigen, ob in diesen eine Grupppllicht besteht.

! Absender nicht vergessen. Nach einer Mitteilung der britischen Zensurbehörde werden zahlreiche Briefsendungen aufgelistet, auf denen nicht, wie von der britischen Behörde vorgeschrieben, auf der Vorder- oder Rückseite (bei Postkarten oben links) Name und Wohnung des Absenders angegeben sind. Da diese Sendungen nicht weitergeleitet werden dürfen, können den Absendern empfindliche Schäden entstehen.

\* Der Herr Regierungs-Präsident teilt uns folgendes mit: Nach einer Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 9. Januar 1919 über die Beschäftigung Schwerbeschädigter sind alle öffentlichen und privaten Betriebe, Büros und Verwaltungen verpflichtet auf je hundert insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Bei der Feststellung der Zahl der Beschäftigten sind mehrere Be-

triebe, Büros und Verwaltungen desselben Arbeitsgebers zusammenzufassen. Für die Landwirtschaft gilt vorstehendes mit der Maßgabe, daß an Stelle der Zahl hundert die Zahl fünfzig tritt. Unbesetzte Plätze für Schwerbeschädigte sowie Kündigung und Entlassungen müssen unverzüglich bei der Hauptfürsorgeorganisation für die Rheinprovinz, Zentralstelle für die Kriegsbeschädigtenfürsorge beim Landeshauptmann der Rheinprovinz in Düsseldorf Landeshaus angemeldet werden. Diese Stelle wird geeignete Personen nachweisen. Ueber das vorstehende Maß hinaus vorhandene für Schwerbeschädigte geeignete Arbeitsplätze sollen ebenfalls mit solchen besetzt werden. Diesbezügliche Regelung ist den Arbeitsnachweisen übertragen. Schwerbeschädigte im Sinne dieser Verordnung sind alle Personen, welche aus Grund der einschlägigen Reichsgesetze eine Militärrente von 50 oder mehr vom Hundert der Vollrente bezw. eine Pension oder Unfallrente beziehen, der eine Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit um 50 oder mehr vom Hundert zur Grunde liegt. Die Entlassung Schwerbeschädigter darf nur nach Anhörung der bestehenden Arbeitnehmerschüsse und Einhaltung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist erfolgen, sofern nicht nach Gesetz oder Vertrag Anspruch auf eine längere Kündigungsfrist oder das Recht zur sofortigen Entlassung oder zum sofortigen Eintritt aus einem durch Gesetz anerkannten wichtigen Grund besteht. Diese Vorschrift gilt auch für diejenigen Stellen, in welchen Schwerbeschädigte ohne aus dieser Verordnung herzuleitende Verpflichtung oder über diese hinaus beschäftigt sind. Die Durchführung und Ueberwachung der Vorschriften dieser Verordnung ist den Demobilisierungskommissaren im Benehmen mit den Hauptfürsorgeorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge übertragen. Zuwiderhandelnde private Arbeitgeber können durch Bußen bis zu 10.000 Mk. zu Gunsten der Schwerbeschädigtenfürsorge zur Erfüllung ihrer aus dieser Verordnung sich ergebenden Verpflichtungen angehalten werden. Die von dem Herrn Regierungs-Präsidenten als Demobilisierungskommissar zu dieser Verordnung und zu der Verordnung betreffend Abänderung der Verordnung über Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar 1919 erlassene Verordnung vom 1. Februar 1919 erlassenen Ausführungsbestimmungen werden in den amtlichen Blättern veröffentlicht werden.

## Landwirtschaftliches.

### Was uns not tut!

Von Dr. Ulrich, Direktor der landwirtsch. Schule Rheinbach.

Unter dem Titel „Was uns not tut“ hat der preussische Landwirtschaftsminister Otto Braun vor einiger Zeit einen Artikel veröffentlicht, dessen Inhalt in den weitesten Kreisen bekannt zu werden verdient.

Otto Braun fordert darin für unser Volk schnell Brot und Arbeit. Daher komme für das nächste Erntejahr alles darauf an, den Boden, den wir bereits unter dem Pfluge haben, auf das Gründlichste zu bearbeiten und sachgemäß zu bestellen, damit er uns reichliche Frucht schenke. Zu diesem Zwecke muß für die deutsche Landwirtschaft schnellstens die erforderlichen Düngemittel, ausreichendes geeignetes Saatgut, Maschinen und Geräte und eine ausreichende Zahl geeigneter Arbeitskräfte bereitgestellt werden. Ferner müßte als schwierigste Aufgabe die Wohnungsfrage auf dem Lande gelöst werden, um die in allen Städten und Industrieorten überschüssigen Arbeitskräfte zur Landarbeit heranzuziehen. Dies würde möglich sein, wenn die Siedlungstätigkeit auf die schnellste Errichtung angemessener Wohnungen für landwirtschaftliche Arbeiter eingestellt würde. Hingegen könne bei der heftigsten Schaffung von Bauernsiedlungen in den Grundzügen nicht anders verfahren werden, wie schon früher bei der Parzellierung von Gütern gearbeitet worden ist. Zur Beruhigung der Landwirte sagte er, die Landwirte könnten ganz sicher sein, daß sie von der Arbeit, die sie auf den Boden verwenden, und von der Saat, die sie ihm anvertrauen, auch die Früchte ernten würden, und daß ihnen auch von den Anschaffungen nichts verloren gehen würde.

Nachdem von dem Landwirtschaftsminister, hinter dem in dieser Frage auch die Reichsregierung steht, diese beruhigenden Worte abgegeben worden sind, ist es nunmehr auch die Pflicht eines Jeden, alles verfügbare Land so intensiv wie möglich zu bestellen. Was keine direkten Volksernährungsmittel tragen kann, muß zum Futterbau Verwendung finden. Insbesondere gebrauchen wir Futter für den Wiederaufbau unserer Schweine zu Futtermittel, um wieder das unferne Körper fehlende und so dringend nötige Fett zu produzieren. Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle ebenso, wie ich es in meinen Unterrichtsstunden zu tun pflege, auf den Anbau des Matador-Comfrey aufmerksam machen, da es gerade mit Hilfe dieser Pflanze möglich ist, auch die kleinsten Ecken und Winkel beim Hofe im Garten hinter der Scheune, an Grabenrändern, auf Geißstellen, auf schlechten Wiesen hochwertig auszunutzen und dadurch ein Futter zu gewinnen, welches für Schweine, Rinder und Ziegen direkt unentbehrlich ist. Es gibt kein besseres und billigeres Grünfütter für das Schwein, als wie Matador-Comfrey. Ueber den genauen Anbau desselben gibt eine kleine Schrift Auskunft, welche von dem Saatgutzüchter Dr. H. Weber zu Berlin-Halensee umsonst und postfrei abgegeben wird. Soviel ich weiß, erhalten dort auch Geistliche und Lehrer, welche sich im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse um die Verbreitung dieser Pflanze bemühen wol-

len, Pflanz-Stedlinge für eine Musterplantage zu einem äußerst billigen Preise.

Da Matador-Comfrey bei guter Pflege 20—30 Jahre aushält und jedes Jahr sechs Ernten liefert, da also nur ein einmaliger Anbau dieser Pflanze nötig ist, so stellt sich das Futter äußerst billig. Und wenn es auf diese Weise möglich ist, Schweine und anderes Vieh billig zu ernähren, dann werden sich im Laufe der Zeit auch die jetzt schier unerschwinglichen Preise für Fleisch und Fett wieder auf ein erträgliches Niveau herabsenken. Also ihr Landwirte, folgt dem Ruf des Landwirtschaftsministers, nutzt euer Land in jeder Weise aus und sorgt auf diese Weise für billige Nahrungsmittel für den Städter.

Zingsheim (Eifel), 6. April. Eine hier angewommene Entschließung besagt: Mehrere 100 in der Eingemeinde Zingsheim aus den 21 Ortschaften umfassenden Bürgermeistereien Holzmillheim-Tondorf, Roethen und Weyer versammelten Landwirte erkennen in vollster Maße die Verpflichtung an, ihre Erzeugnisse gemäß den gesetzlichen Bestimmungen an die Organisationen der öffentlichen Bewirtschaftung abzuliefern. Es muß indes darauf hingewiesen werden, daß die bestehenden Erzeugerhöchstpreise für die wichtigsten landw. Erzeugnisse angeichts der maßlosen Steigerung der Preise aller landw. Bedarfsmittel und des ständigen Anstiegens der Löhne keineswegs mehr genügen, um die Erzeugungskosten auch nur in etwa zu decken. Welch unerhört hohe Preise für Kleidungsstücke und Schuhe zu zahlen sind, braucht wohl nicht näher hervorgehoben zu werden. Es besteht daher, ganz abgesehen von der großen Verführung, auf dem Wege des Schleichhandels auskömmliche Preise zu erhalten, die Gefahr, daß die Erzeugung zurückgeht. Die Landwirtschaft muß unter allen Umständen für sich das Recht in Anspruch nehmen, bestehen zu können wie jeder andere Berufsstand und bittet daher die Reichsregierung dringend entweder die Zwangswirtschaft fallen zu lassen, oder nach Anhörung von landw. Körperschaften usw. angemessene Höchstpreise festzusetzen.

## Vermischtes.

— Rheinische Zentrumsparlei. Der Beirat zum Provinzialausschuß der Rheinischen Zentrumsparlei hat in seiner Sitzung vom 5. April beschlossen, am Mittwoch den 11. Juni (Pfingstmittwoch) den vorgesehenen großen Vertretertag der Rheinischen Zentrumsparlei abzuhalten. Es wird Sache der Kreisaußschüsse sein, bis dahin die Organisation allenthalben ordnungsgemäß auszubauen und die Vertreter rechtzeitig wählen zu lassen. Möge man also allenthalben ungefährmt an die Arbeit gehen, damit diese Tagung ein glänzendes Zeugnis des Zentrumsgebankens in rheinischen Landen werde.

— (Eine Eisenbahn-Erinnerung.) Am 7. April waren 80 Jahre verflossen, daß die Linie Leipzig—Dresden in Leipzig eröffnet wurde. Gegenüber der vier Jahre älteren Linie Nürnberg—Fürth war es die erste große Verkehrs-bahn Deutschlands, die — auf Anregung des berühmten Volkswirtes Friedrich List gebaut — bis Mitte 1876 als Privatbahn betrieben worden ist. An Stelle des ehemaligen Dresdener Bahnhofes in Leipzig erhebt sich heute der mächtige Hauptbahnhof, der größte des europäischen Festlandes.

## Handels-Nachrichten.

— Die englische Regierung hat das Verbot der Ausfuhr von Baumwollergeweben aufgehoben und die Ausfuhr von Baumwollgeweben für 200 Millionen Mark freigegeben.

— Niedrigerer Zinsfuß bei Sparkassen? Der Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes hat in seiner Sitzung vom 29. März beschlossen, den im Verband vereinigten Sparkassen zu empfehlen, spätestens mit Wirkung vom 1. Juli 1919 ab den Zinsfuß für alle Einlagen um 1/2% herabzusetzen.

— Das linksrheinische Ledergewerbe vor dem Zusammenbruch. Man schreibt der RW: In einer an den Demobilisierungskommissar gerichteten Eingabe wird darauf hingewiesen, die Lage der Lederfabriken im besetzten Gebiet habe sich derartig verschlechtert, daß in ganz kurzer Zeit der Zusammenbruch des Großgewerbes erfolgen müsse, wenn nicht unverzüglich für Beschaffung von Rohware gesorgt würde. Der Anfall an rohen Häuten und Fellen im besetzten Gebiet sei im Verhältnis zu den vielen und sehr großen Gerbereien ganz außerordentlich klein. Das besetzte Gebiet bringe keine 10% der zur nur notwendigen Aufrechterhaltung der Betriebe benötigten Rohware auf. Die mit der Verteilung der beschlagnahmten rohen Häute und Felle im unbesetzten Gebiet betrauten Behörden weigerten sich die Gerbereien im besetzten Gebiet mit Rohware zu beliefern, wenn nicht auch die Alliierten die Ausfuhr von Leder aus dem besetzten nach dem übrigen deutschen Gebiet regelmäßig gestatteten. Die Folge des Mangels an Rohware sei, daß deren Preise bei dem Bestreben jedes einzelnen Arbeiters, seinen Betrieb so gut wie es geht, aufrecht zu erhalten, schon mehr als das Doppelte der festgesetzten Höchstpreise erreicht hätten. Die Herstellungskosten für das fertige Leder seien bei der bescheidenen Beschäftigung so außergewöhnlich hoch, daß die Gerbereien aus Selbsterhaltungstrieb gezwungen seien, für das fertige Leder die Höchstpreise bedeutend zu überschreiten. Der Zentralausschuß der Lederwirtschaft hat daraufhin beschlossen, einen Ausschuß einzusetzen, welcher den Verpflichtungsständen, den die linksrheinischen Hersteller, um Rohware zu erhalten, unterschreiben müssen, nachprüfen soll.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

**Bekanntmachung.**  
Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die im § 2 der Anordnung des Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 24. August 1918 betreffend Milch- und Butterpreise festgesetzten Grundpreise bis auf weiteres bestehen bleiben, diese betragen:

- a) für Vollmilch 0,46 M.,
- b) für Magermilch und Buttermilch 0,26 M.

Malmédy, den 4. April 1919.  
Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.  
Frhr. v. Korff, Landrat.

**Verordnung.**  
Auf Grund des § 12 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. 9. 1915 (R. G. Bl. S. 607) werden zur Sicherung der Volksernährung die bisher gemäß meiner Anordnung vom 29. 1. 1919 (Kreisblatt Nr. 15) bestehenden Bestimmungen über den Verkehr und Verbrauch der Eier im Kreise Malmédy bis auf weiteres in vollem Umfange aufrecht erhalten.

Malmédy, den 4. April 1919.  
Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.  
Frhr. v. Korff, Landrat.

**Bekanntmachung.**  
Im Einverständnis mit dem Preussischen Landesamte für Nährmittel und Eier hat die Eierunterverteilungskasse für den Regierungsbezirk Aachen den Erzeugerhöchstpreis auf 40 Pfg. für das Ei festgesetzt. Dieser Preis wird vorerst ab den Geflügelhaltern bei der Ablieferung gezahlt werden.

Ich erwarte nunmehr bestimmt, daß die sämtlichen Geflügelhalter ihre Ablieferungspflicht voll und ganz erfüllen. Hierbei bemerke ich noch, daß der freie Eierhandel im besetzten Gebiet verboten ist und sich jeder strafbar macht, der Eier an andere Personen als an die von den Bürgermeistern bestellten Eierhändler verkauft.

Der Preis für die an die Versorgungsberechtigten abgegebenen Eier stellt sich von heute ab auf 48 Pfg. für das Ei.

Malmédy, den 4. April 1919.  
Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.  
Frhr. v. Korff, Landrat.

Für sofort oder 1. Mai  
**Schrijunge**  
für kaufm. Büro gesucht.  
Th. Meurer,  
St. Vith.

Fleißiges katholisches  
**Mädchen**  
für Küchen- und Hausarbeit bei guter Behandlung und hohem Lohn nach Eupen gesucht. Offerten an Frau  
A. Weishaupt, Eupen.

Einen schweren  
**Lohnwagen**  
zu verkaufen.  
Carl Geuten,  
7000 Mark

auf erste Hypothek zu leihen gesucht. Offerten unter L. P. befördert die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Eine  
**Wassermühle**,  
in der Nähe einer Bahnstation, zu kaufen oder zu mieten gesucht. Offerten unter A. 3. 100 befördert die Exped. d. Ztg.

Fast neues  
**Klavier**  
zu verkaufen.  
Wo, sagt die Exped. d. Ztg.

**Weide.**  
Nehme Pferde, Rindvieh und Schafe für den ganzen Sommer in Weide.  
Näheres Schloß Wallerode bei St. Vith.  
v. Frühbuch.

Zwei ordentliche  
**Pferdeknechte**  
gegen hohen Lohn gesucht.  
A. Bontenbroich,  
Gut Weyern, b. Düren Rhf.

Lüchtiges  
**Mädchen**,  
welches melken kann, für Hausarbeit gegen guten Lohn für 1. Mai gesucht.  
Nikolaus Heinen,  
Seppenbach b. Amel.

**A. LELOUP**  
**DENTIST**  
**MALMEDY**  
Steinbachstr., Telefon Nr. 56

**Hengst**  
zum Decken fremder Stuten für den Kreis Malmédy zugelassen.  
Deckpreis 10 Mark.  
Neumann, N.-Eumels.

**Berkaufe**  
ein fast neues leichtes Halbverdeck, einen emaillierten Kochherd, einen neuen Brutapparat. Wo, sagt die Geschäftsstelle d. Ztg.

Kräftiges  
**Mädchen**,  
welches gut melken kann, für Hausarbeit gesucht.  
Th. Meurer,  
Cornelinmünster, Klaus.

**Junge**  
von 16-18 Jahren gesucht.  
J. Wey, Landwirt,  
Dutremarcke, Post Sourbrodt.  
100-120 Zentner

**la. Lohrinde**  
zu verkaufen.  
Angebote mit Preisangabe befördert die Exped. d. Bl.

Eine neue  
**Kücheneinrichtung**  
enthaltend einen Glasschrank, einen Tisch, 3 Stühle, eine Kücheneinrichtung zu verkaufen. Auskunft in der Exped. d. Ztg.

**Robbhäute**  
jeder Art kaufen gegen Kasse und erbitten Angebote  
Cour. Heinen & Co.,  
Aachen, Telefon 20.

2 junge Saanenziegen, bald melkend, 1 Kuh-Perd, 2 Pferdegeschirre, 1 Handtarre zu verkaufen. Kaufe Felle aller Art, Knochen, Eisen und Lumpen zu hohen Preisen.  
Christian Bauer, St. Vith.

## Nachtrag

zur Gebührenordnung für den Besitz von Anschlüssen an die Wasserleitung und für die Wasserentnahme aus dem Wasserwerk der Stadt St. Vith.

Auf Grund des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 25. 3. 1919 wird gemäß § 4 des R. A. G. vom 14. 7. 1893 folgender Nachtrag zur Gebührenordnung für den Besitz von Anschlüssen an die Wasserleitung und für die Wasserentnahme aus dem Wasserwerk der Stadt St. Vith vom 24. 3. 1911 erlassen.

§ 1.  
Der § 6 erhält folgende Fassung:  
**Festsetzung der Gebühren.**

1. Mindestgebühr.  
Für jedes angeschlossene Grundstück an die Wasserleitung wird für die Wasserentnahme von den Grundstücksbesitzern oder von jedem sonstigen Wasserabnehmer, für den ein Wassermesser aufgestellt ist, oder ein schon bestehender Wassermesser weitergeführt wird, ohne Rücksicht auf die tatsächlich verbrauchte Wassermenge eine Mindestgebühr von 2,00 M. für das Vierteljahr erhoben und werden hierfür bis zu 7 cbm Wasser vierteljährlich geliefert. Diese Erhebung erfolgt auch dann, wenn kein Wasser entnommen wurde, es sei denn, daß die Verpflichtung gemäß § 3 Absatz 7 erloschen ist.

2. Zusatzgebühr.  
Außer der zu entrichtenden Mindestgebühr wird für die Entnahme von Wasser aus dem städtischen Wasserwerk, über die Wassermenge von 7 cbm vierteljährlich hinaus, eine Zusatzgebühr nach Maßgabe des tatsächlichen Wasserverbrauchs vierteljährlich nach Ablauf durch die Wasserwerksverwaltung erhoben und zwar für das Vierteljahr für jedes cbm 0,35 M.

3. Gebühr für die Instandhaltung und Ausbesserung der Wassermesser.  
Für die vom Wasserwerk übernommene Instandhaltung und Ausbesserung der Wassermesser wird durch die Wasserwerksverwaltung eine Gebühr erhoben und zwar vierteljährlich nach Ablauf:

Für Wassermesser von 10 u. 13 mm	0,50 M.
" " " 20 " "	0,80 "
" " " 25 " "	1,30 "
" " " 32 " "	2,40 "
" " " 38 " "	3,00 "
" " " 50 " "	4,00 "
" " " 65 " "	5,20 "

Bei größeren Wassermessern wird vom Wasserwerk eine jährliche Gebühr von 15% des Anschaffungswertes in vierteljährlichen Raten nach Ablauf erhoben.

§ 2.  
Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. 4. 1919 in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt der unterm 4. April 1916 erlassene Nachtrag außer Kraft.  
St. Vith, den 25. März 1919.

Der Bürgermeister:  
Bongardh.

B. A. Aachen, den 31. März 1919.

Genehmigt  
Namens des Bezirks-Ausschusses  
Der Vorsitzende:  
J. B.:  
van der Loo.

Vorstehender Nachtrag wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.  
St. Vith, den 4. April 1919.

Der Bürgermeister:  
J. B.:  
Marth, Beigeordneter.

# HERMANN DOEPGEN

## Buchdruckerei

St. Vith

Anfertigung von Drucksachen für den privaten, geschäftlichen und amtlichen Bedarf. Druck von Broschüren und Statuten.

Spezialität:  
Visitenkarten, Verlobungs- und Vermählungs-Anzeigen.  
Trauerbriefe, Totenzettel, Danksagungskarten.

Auf schnelle und saubere Ausführung wird ganz besonders geachtet.  
Mässige Preise.

**Bürgerlichen Mittagstisch**  
eventl. möbl. Zimmer mit voller Pension von bess. Herrn gesucht.  
Gefl. Angebote mit Preis unter B. R. 25 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

**Grabdenkmäler**  
und andere Steinmetzarbeiten liefert zu billigen Preisen  
**Wilhelm Dujardin**,  
Steinhausen, Montjoie, Bahnhof.

## Freiw. Haus-, Grundstücks- und Vieh-Versteigerung.

Montag, den 14. April d. J. nachmittags 2 Uhr,

lassen die Erben des verstorbenen Herrn Nik. Baur in St. Vith in der Wirtschaft Schenck ihr daselbst an der Kathausstraße belegenes gut-erhaltenes Wohnhaus, in dem seit Jahren eine gutgehende Metzgerei betrieben wurde, mit kompl. Ladeneinrichtung und Schlachthaus, neue Scheune und Stallung, sowie ihre Grundstücke an der Mairluft, am Viehmarkt und an den Gerbereien öffentlich meistbietend gegen Zahlungsausstand versteigern.

Dienstag, den 15. April d. J. vormittags 11 Uhr,

läßt Herr Josef Pip, hier, an seiner Wohnung fünf Pferde (mittlern und schweren Schlages), einen schweren Spannochsen, zwei vierjährige Spannochsen, einen Stier, drei trüchtige Kühe, zwei frisch-melkende Kühe, eine Weide-Kuh, ein trüchtiges Schwein; einen Schlitten, einen Aderwagen, zwei Geschäftswagen, ein Break, ein Halbverdeck, zwei Reitstühle, eine neue Nähmaschine, eine Zentrifuge, einige kompl. Fahrräder, drei kompl. Betten, diverse Bettstellen, einen Kultivator, zwei Haubigen, Pferde- und Ochsengeschirre, Haus- und Ackergerät aller Art gegen Zahlungsausstand und Bürgschaft versteigern.  
St. Vith, den 1. April 1919.  
Kreilmann.

## Freiwillige Haus- u. Land-Versteigerung.

Am Freitag, den 25. April d. J., mittags 1 Uhr,

wird Herr Peter Lux und Kinder aus Maspelt, teilungshalber das zu Maspelt gelegene, vor einigen Jahren neu gebaute Wohnhaus nebst Bering, alsdann 3 Acker-Parzellen in der Wirtschaft Büß in Bracht öffentlich gegen ausge-dehten Zahlungsausstand versteigern.

Im Auftrage:  
R o m.

Reuland.

## Holz-Verkauf.

Am Dienstag, den 15. April, nachmittags 2 Uhr,

lassen Wwe. Meyenburg und Frä. Lina Lehmann, hier ca. 20 schwere Buchen aufm Stock an Ort und Stelle gegen Zahlungsausstand versteigern.  
Versammlung am Beischentkreuz (Passenweyer).  
St. Vith, den 10. April 1919.

P. J. M. Schük,  
Aktionator.

## Öffentlicher Verkauf von altem Baumaterial.

Am Donnerstag, den 17. April 1919, nachmittags 2 Uhr,

werden am Pfarrhause, hier selbst, alte Baumaterialien gegen Barzahlung verkauft.

Der Kirchenvorstand.

Die unterzeichneten Stellen nehmen Zeichnungen auf die neue

## 4% Aachener Stadtanleihe

19. Ausgabe,  
— 10 Jahre unkündbar —  
zum Originalkurse von  
94 $\frac{1}{2}$ % spesenfrei

entgegen.  
Aachener Bank für Handel und Gewerbe,  
D. Baumgarten jun.,  
Deutsche Bank, Filiale Aachen,  
Dresdener Bank in Aachen,  
Joh. Dhlischlaeger, G. m. b. H.,  
A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G., Filiale Aachen,  
Städtische Sparkasse, Aachen.

**Photograph. Atelier FEIST,**  
ST. VITH,

Inh.: Kaspar Brab.  
Das Atelier ist jeden Sonntag von  
10 bis 5 Uhr geöffnet.

**St.**  
Erscheint Mittwochs und Samstag mit den Beilagen "Eifeler Sonntagszeitung" u. "Kulturt. Familienblatt". Bezugspreis 1,50 M., durch die Post 1,65 M. vierteljährlich.  
Redaktion Druck u. Verlag Hermann Doepgen St. Vith (Eifel).

Nr. 30.

## Frei Scheid

Weimar, 10 halts führe der mann, u. a. aus: Abnormen Verstrengten zu erfi das Kennzeichen die Treue zu u schütterliche Wahr ohne die weder ein sich ist. Und dri me in heit, d. h. Verführung allen mäßige Annäherun der Welt in Bünd Augenblick losgeh von Russland nicht aufzwingen lassen. es für unseren Spi ben. Wenn wir eine Volksabstimm füllen Hoffnung, kräften, sondern u Anstrebungen. wünschen von ganz leicht wenig Spiel sungen. Die Gef wärtigen Politik Grenze als vielm stimmung), aus de des, aus der gären flammen immer i mit Vernichtung b Putschismus ergrei dem Augenblick, in und nichts als Fr neuer Umsturz, wi das Vaterland, ni durch in Gefa blik nicht nur aus innerpolitischen G letzten Restes sta wenden uns gegen führen mit d bil einen Ra Friedens willen, o das große Weltböi berechnete Wölke deutschen Volke zu den Abgrund, u unser aller F Als erster Rel Pfeiffer vom len- wie schwungh here Politik. Die von der Fraktion sen, daß es ein g zum Etat übertru danken des Rech unter keine und unter keine fer, wird Deu tzeichnen. daß der Redner F schlossen das ganz freunde aus dem die Entschlossenhei bande des Deutsd Bolschewismus un ganze Welt ausfü hlehte seine Wirt Redner den frei gierung zur Rettu zur Verfügung ge Zustimmung aus überwiegenen Me